



Globale Ergebnisse

Repression trifft auf Widerstand

von Sabine Donner, Hauke Hartmann und Sebastian Plate

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



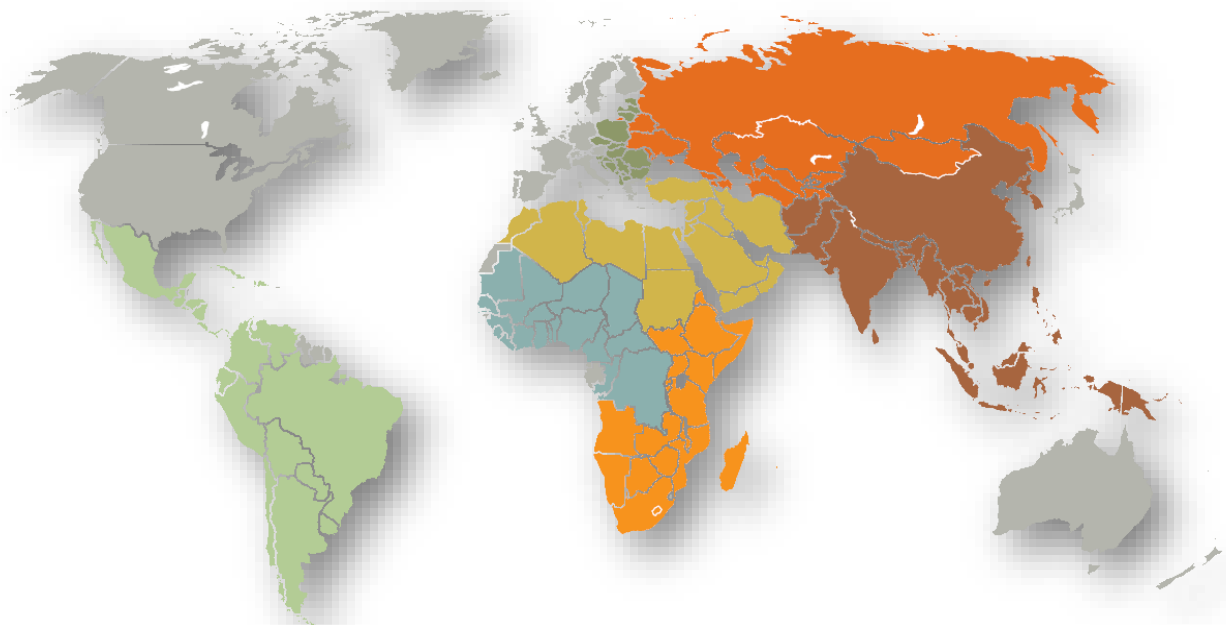
Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2026043

Globale Ergebnisse BTI 2026

Repression trifft auf Widerstand

von Sabine Donner, Hauke Hartmann und Sebastian Plate*



Dieser Bericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2026 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Sabine Donner, Hauke Hartmann, Sebastian Plate, Repression trifft auf Widerstand – BTI 2026 Globale Ergebnisse, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2026

* Sabine Donner und Hauke Hartmann sind Senior Experts, Sebastian Plate ist Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung.

Einleitung

Die Ergebnisse des BTI 2026 dokumentieren eine anhaltende globale Erosion demokratischer und marktwirtschaftlicher Standards. Autokratische Regime dominieren inzwischen die Mehrheit der untersuchten Staaten, während Rechtsstaatlichkeit, politische Freiheitsrechte und faire Wettbewerbsbedingungen weiter geschwächt werden. Zugleich bleibt eine umfassende wirtschaftliche Erholung nach Pandemie und Inflationsschub aus. Wachsende strukturelle und ökologische Belastungen erhöhen den Handlungsdruck, dem zahlreiche Regierungen mit weniger konsensorientierten und kooperativen Governance-Strategien begegnen.

Im Rückblick auf zwanzig Jahre Transformationsgeschichte haben die gesellschaftlichen Leitbilder von Demokratie und Marktwirtschaft immer weiter an Boden verloren. Mit dem vorrangigen Ziel, sich an der Macht zu halten, haben gewählte politische Eliten die graduelle Aushöhlung demokratischer Kerninstitutionen fortgesetzt, während der Repressionsgrad autoritärer Herrschaft weiter gestiegen ist. Elitenversagen und Machtmissbrauch, der Druck multipler Krisen und ein daraus resultierendes gesteigertes Sicherheitsbedürfnis sowie ein die Autokratien stabilisierendes internationales Umfeld tragen zur demokratischen Regression bei.

In der Folge hat sich das globale Verhältnis von Demokratien und Autokratien umgekehrt: waren im BTI 2006 noch 55% aller untersuchten Staaten Demokratien, so werden heute 56% der Staaten autokratisch regiert. Zwei Drittel dieser Autokratien sind hochgradig repressive Diktaturen oder zerfallende Staaten. Der Anteil harter Autokratien stieg mit 38% aller untersuchten Staaten auf ein neues Höchstniveau.

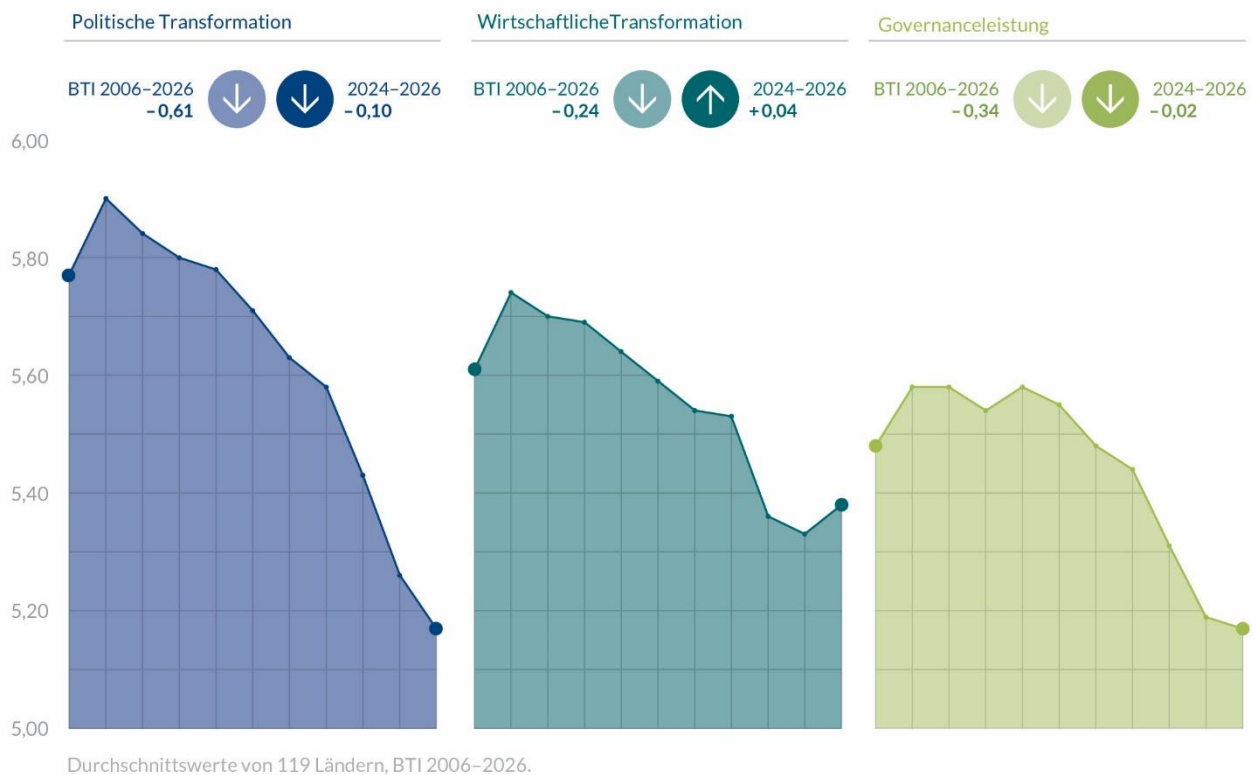
Im globalen Durchschnitt waren Wahlen in diesem Jahrhundert noch nie so unfair, Demonstrations- und Organisationsrechte so eingeschränkt und Meinungs- und Pressefreiheit so unterbunden wie heute. Parallel dazu wurde die Rechtsstaatlichkeit kontinuierlich und tiefgreifend ausgehöhlt. Zwei Drittel der seit 2006 untersuchten Länder sind heute weniger demokratisch als vor 20 Jahren.

Derweil ist in Bezug auf die makroökonomischen Eckdaten wie Geldwert- und Fiskalstabilität sowie Wirtschaftsleistung eine Erholung zu verzeichnen, auch wenn die wirtschaftliche Transformation insgesamt eher stagniert. Die leicht positive Entwicklung des BTI 2026 ist allerdings im Kontext der zuvor erfolgten starken Wirtschaftseinbrüche, primär bedingt durch die Covid-19-Pandemie sowie die postpandemische und durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zusätzlich befeuerte Inflation zu betrachten. Die Hälfte aller untersuchten Staaten hat noch nicht wieder den wirtschaftlichen Transformationsstand erreicht, den sie 2020 vor Ausbruch der Pandemie innehatten.

Freie und faire Wirtschaftsordnungen mit verlässlichen Institutionen und geringem Diskriminierungsgrad finden sich in neun von zehn Fällen in demokratischen Systemen. Exklusion durch Armut und Ungleichheit erzeugen vielerorts erhebliches Protest- und Instabilitätspotenzial.

Fortwährende ökonomische und steigende ökologische Herausforderungen sowie zunehmend konfliktiv ausgetragene politische Prozesse spiegeln sich in Höchstwerten zu strukturellen Hindernissen und zu Konfliktintensität. Zahlreiche Regierungen reagieren auf die gestiegene Krisenhaftigkeit und die damit verbundenen Einschränkungen ihrer Governance mit interner Straf- und Machtkonzentration und externer Abschottung.

Demokratie und Governance auf Tiefstand



Mit wenigen Ausnahmen hingegen lösen die im BTI untersuchten Autokratien ihr Versprechen von mehr Effizienz durch straffere Führung nicht ein, vielmehr dominieren Ressourcenvergeudung, Koordinationsmängel und korrupte Strukturen. Unter den 20 effizientesten Regierungen sind mit Singapur und den Vereinigten Arabischen Emiraten gerade einmal zwei Autokratien, während sich unter den besonders korrupten und verschwenderischen 20 Regimen mit dem Libanon lediglich eine stark defekte Demokratie befindet.

Insbesondere zahlreiche resiliente Demokratien und einige sich (re-)demokratisierende Staaten weisen umgekehrt aber einen Anstieg der regierungsinternen Gestaltungsfähigkeit im Sinne einer verbesserten Prioritätensetzung und einer gestiegenen Flexibilität und Lernfähigkeit auf. Brasilien und Polen, aber auch Bangladesch und Guatemala nutzen die Spielräume nationaler Governance – um in Zusammenarbeit mit einer aktiven und organisierten Zivilgesellschaft inklusive, gerechte und partizipativ gestaltete Transformationsprozesse auszugestalten.

Autokratischer Druck und demokratische Resilienz

Der im BTI gemessene Status der politischen Transformation zu rechtsstaatlicher Demokratie erreicht einen neuen Tiefststand, auch wenn sich die Geschwindigkeit der Erosion im Vergleich zu den Vorjahren reduziert hat. Zahlreiche demokratisch gewählte Regierungen hebeln gezielt Kontrollinstanzen aus, die sie zur Rechenschaftslegung und zum verantwortlichen Regieren verpflichten sollen, um ihre Macht zu sichern und ein System von Patronage und Selbstbereicherung aufrecht zu erhalten. Autokratische Regime ziehen die Daumenschrauben gegen Opposition und freie Medien weiter an und konsolidieren ihre Macht. Gleichzeitig stehen vielen Regierungen weiterhin entschlossene Bürger:innen oder widerstandskräftige Institutionen gegenüber, die sich gegen autoritäre Übergriffe zur Wehr setzen, obwohl sie in einem immer repressiveren Umfeld operieren müssen.

Die Transformationsbilanz, die sich für den Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2023 bis 31. Januar 2025 aus den Ergebnissen des BTI ziehen lässt, gibt auf den ersten Blick wenig Anlass zu Optimismus. In mehr als jedem fünften untersuchten Land (28 von 137) hat sich der Gesamtwert um mindestens 0,25 Punkte verschlechtert, während nur knapp jede zwölfte Regierung positive Veränderungen erreichen konnte. In der Konsequenz weisen zwei Drittel aller seit dem BTI 2006 untersuchten Länder heute einen niedrigeren Status politischer Transformation auf als noch vor zwanzig Jahren. Zwei Aspekte sind für diesen Negativtrend vor allem verantwortlich: die Einschränkung politischer Beteiligungsmöglichkeiten (Wahlen, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Meinungs- und Pressefreiheit) und der Abbau von Rechtsstaatlichkeit (Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz, Ahndung von Amtsmissbrauch und Bürgerrechte). Seit mehr als einem Jahrzehnt sind demokratische Regression und autokratische Konsolidierung die dominierenden Transformationsdynamiken. Sie machen auch vor dem zentralen Kernelement der Demokratie nicht halt, nach dem das Volk in freien und fairen Wahlen selbst darüber bestimmen kann, von wem es regiert wird.

Viele Urnengänge, wenig Fairness

In über der Hälfte der im BTI untersuchten Länder (80 von 137) fanden 2023 und 2024 Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen statt, weit über zwei Milliarden Wahlberechtigte waren zur Stimmabgabe aufgerufen. Eine echte Bedeutung hatte ihre Stimme in vielen Fällen nicht. In 54% aller im BTI untersuchten Länder genügen Wahlen, so sie denn überhaupt stattfinden, nicht den demokratischen Mindeststandards und können daher weder als frei noch fair bezeichnet werden. Im globalen Durchschnitt sank der Wert für die Qualität der Wahlen um 0,90 Punkte seit dem BTI 2006, im Vergleich zum BTI 2024 allein um 0,23 Punkte auf jetzt 5,03 Punkte. Dabei ist die Bilanz des auch als Superwahlzyklus bezeichneten Zeitraums von 2023 bis 2024 durchaus gemischt und hält nicht nur negative Nachrichten für den Zustand der Demokratie bereit.

Zum einen wird die negative Entwicklung vor allem getrieben von der großen Anzahl an Militärputschen oder nicht verfassungsgemäßen Machtübernahmen, durch die Wahlen zumeist auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden und zu denen sich im aktuellen Untersuchungszeitraum noch Niger und Gabun hinzugesellten. Autoritäre Regime setzen außerdem ihren Machtanspruch immer rigider gegen die eigene Bevölkerung durch. Das Vortäuschen kompetitiver Wahlen früherer Jahre und das Zulassen eines Mindestmaßes an Dissens haben sie aufgegeben. Die Scheinwahlen sind eng kontrollierte Legitimationsrituale, deren Ausgang bereits vor dem Ende des Wahltags feststeht. Autoritäre Amtsinhaber in Aserbaidschan, Belarus, dem Tschad, Russland, Ruanda

oder in Syrien vor dem Sturz Assads ließen ihre politischen Gegner im Vorfeld der Wahlen inhaftieren oder disqualifizieren, um selbst die geringste Möglichkeit einer Niederlage auszuschließen. In Tunesien ließ sich Präsident Kais Saied wiederwählen, nachdem die von ihm kontrollierte Wahlkommission die meisten seiner Gegner disqualifiziert hatte und sich auch weigerte, ihre Entscheidung rückgängig zu machen, nachdem sie von einem Gericht dazu aufgefordert worden war. Der usbekische Präsident Shavkat Mirziyoyev verband seine Wiederwahl mit einer Verfassungsänderung, die die Amtszeit von fünf auf sieben Jahre erhöht. Da damit gleichzeitig die Zählung der Amtszeiten wieder bei Null beginnt, ermöglicht sich der 65-Jährige damit, bis 2037 regieren zu können. Hun Sen, seit 1985 Ministerpräsident Kambodschas, wählte ein dynastisches Modell: nach dem Ausschluss der wichtigsten Oppositionspartei von der Teilnahme und seiner Wiederwahl übergab er die Amtsgeschäfte an seinen Sohn Hun Manet.

Kuwait und Katar beendeten ihre Experimente, zumindest begrenzt Wahlen zum Parlament bzw. dem Shura-Rat zuzulassen. In Kuwait reagierte der Emir auf ein nach mehreren Neuwahlen erneut von der Opposition kontrolliertes Parlament mit der unbefristeten Auflösung des Gremiums und kündigte bis 2028 die Überarbeitung der Verfassung an. In Katar gab es 2021 nach langen Ankündigungen zum ersten Mal streng kontrollierte Wahlen eines Teils der Mitglieder des Shura-Rates. Mit einem Verfassungsreferendum, dem 90% der Wähler:innen zustimmten, wurden sie wieder abgeschafft. Der Ausschluss aller naturalisierten Staatsbürger:innen von den Wahlen, die ihre katarischen Wurzeln nicht bis 1930 belegen konnten, hatte zuvor zu Protesten geführt.

Nicht in allen autokratischen Staaten gelang die vollständige Kontrolle über den Ausgang der Wahlen reibungslos. So kam es etwa in Madagaskar, Mosambik, Tansania und Venezuela nach manipulierten Wahlen zu Massenprotesten, die die Regierungen mit großer Härte niederschlugen. Zwar festigten die Wahlen autoritäre Macht, wirkten aber zugleich als Katalysator für politische Mobilisierung, die über den Wahlzeitraum hinaus anhielt.

In Georgien und Serbien, wo die Regierungsparteien „Georgischer Traum“ um den Oligarchen und ehemaligen Ministerpräsidenten Bidsina Iwanischwili und die Serbische Fortschrittspartei des Präsidenten Aleksandar Vučić bereits seit Jahren den Staat mehr und mehr vereinnahmen und die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen aushöhlen, entsprachen die Wahlen aufgrund gravierender Manipulationen nicht mehr demokratischen Mindeststandards. Beide Länder sind im BTI nun als Autokratien kategorisiert. Georgien hat mit dem Beschluss, die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union bis 2028 auszusetzen und sich aus der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu verabschieden, eine weitere Abkehr von demokratischen Normen signalisiert. Ein umstrittenes restriktives NGO-Gesetz, das nach russischem Vorbild Medien und Nichtregierungsorganisationen zur Registrierung als „ausländische Agenten“ zwingt, wenn sie Finanzierung aus dem Ausland erhalten, ist inzwischen verabschiedet.

In Serbien versucht sich Aleksandar Vučić konzilianter zu geben und hat Neuwahlen für Ende 2026 angekündigt. Dass gleichzeitig sein Bestreben nicht nachlässt, unabhängige staatliche Institutionen auszuhöhlen, verdeutlicht eine angestrebte umfassende Justizreform, die unter anderem die Sonderstaatsanwaltschaft für Organisiertes Verbrechen vollständig unter Regierungskontrolle bringen würde. Der Auslöser von Massenprotesten, die bis heute andauern und die maßgeblich von Studierenden organisiert und vorangetrieben werden, waren indes nicht die manipulierten Wahlen, sondern der Einsturz eines Vordachs am Bahnhof von Novi Sad, bei dem 16 Menschen starben und für den die Studierenden Korruption und Vetternwirtschaft in der Regierung verantwortlich machen. Mit ihrer Strategie, sich mit Graswurzelbewegungen jenseits

traditioneller NGOs zu vernetzen, bewusst den Protest auch außerhalb Belgrads sichtbar zu machen und sich darauf vorzubereiten, mit einer eigenen politischen Bewegung an eventuellen Wahlen teilzunehmen, orientieren sie sich an erfolgreichen Lehren anderer Protestbewegungen in autoritärerem Umfeld. Sie scheinen damit Erfolg zu haben, wie die große Unterstützung in der Bevölkerung für ihre Anliegen zeigt.

Demokratische Resilienz und Chancen für Veränderungen

Doch es gab noch weitere Zeichen demokratischer Resilienz zivilgesellschaftlicher und rechtsstaatlicher Institutionen. Als der senegalesische Präsident Macky Sall ankündigte, die ursprünglich für den 25. Februar 2024 geplante Präsidentschaftswahl auf Ende des Jahres zu verschieben, kam es ebenfalls zu Protesten. Das Verfassungsgericht erklärte die Verschiebung schließlich für ungültig. Der zuvor inhaftierte Oppositionspolitiker Bassirou Diomaye Faye wurde zum Präsidenten gewählt.

Sri Lanka führte erfolgreich demokratische Wahlen durch, seit Proteste 2022 den Präsidenten gestürzt hatten. Die Wahlen waren ein bemerkenswerter Fortschritt gegenüber früheren, die von Problemen wie Gewalt und Einschüchterungen überschattet wurden. Der neu gewählte Präsident Anura Kumara Disanayake durchbricht erstmals die quasi-dynastische Regierungsabfolge, die in der Vergangenheit zu Misswirtschaft und Korruption führte.

In Demokratien, deren Wahlintegrität bereits auf einem hohen Niveau war (8–10 Punkte), wurden freie, faire und kompetitive Wahlen abgehalten, die in vielen Fällen zu einer Abwahl der Amtsinhaber führten. In Taiwan trug robuste Cyberabwehr dazu bei, die ausländische Einflussnahme vom chinesischen Festland erfolgreich zu kontern. Brasilien und Lettland konnten die Integrität ihrer Wahlen durch eine Strategie zur Abwehr von Fake News und der Kriminalisierung von Deep Fakes in Wahlkämpfen steigern. Trotz massiver Eingriffe in den Wahlkampf von Russland konnte Maia Sandu in der Republik Moldau nicht nur ihre Präsidentschaft, sondern auch die Mehrheit der sie unterstützenden Partei PAS im Parlament verteidigen, was für die Fortsetzung des pro-europäischen Kurses ebenso wie die noch anstehenden Reformen zur De-Oligarchisierung gute Nachrichten sind.

Trotz antidemokratischer Gegenwinde führten die Wahlen in Guatemala und Polen im Jahr 2023 zu einem Machtwechsel von illiberalen Amtsinhabern zu Oppositionspolitikern, die sich ausdrücklich für eine demokratische Erneuerung einsetzten. Seitdem wurden einige Fortschritte erzielt, doch grundlegende Reformen werden häufig behindert, durch die in Verwaltung und Justiz verbleibenden Loyalisten der Vorgängerregierung, durch fehlende Parlamentsmehrheiten in Guatemala oder den mit Vetorecht ausgestatteten Präsidenten in Polen und durch mächtige Eliten, die von Korruption profitiert haben. Dies deutet darauf hin, dass demokratische Institutionen zwar schnell Schaden nehmen, Reparaturbemühungen jedoch nur langsam vorankommen.

Die Parlamentswahlen in Botswana markierten einen historischen Wandel für das Land, da sie die erste Niederlage der Botswana Democratic Party seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1966 bedeuteten. Präsident Mokgweetsi Masisi räumte seine Niederlage ein und sorgte für einen friedlichen Machtwechsel hin zu seinem Nachfolger Duma Boko von der Partei Umbrella for Democratic Change. In einigen Demokratien mit dominanten Regierungsparteien, schnitten Oppositionsparteien besser ab, als erwartet und der Wettbewerb war intensiver als prognostiziert. In Indien verlor Premierminister Narendra Modis Bharatiya Janata Partei ihre absolute Mehrheit ebenso wie der Afrikanische Nationalkongress in Südafrika. In beiden Ländern mussten sich Koalitionsregierungen bilden.

Trotz aller Versuche von Amtsinhabern mit autoritären Tendenzen, die Spielregeln zugunsten ihres Machterhalts zu beeinflussen und einen fairen Wettbewerb zu verhindern, bleiben Wahlen das zentrale Kernelement der Demokratie, das selbst in einem repressivem Umfeld Anlass zu politischer Mobilisierung schafft. Das mag erklären, warum auch selbsternannte „illiberale Demokratien“, für die eigentlich der Ausdruck des „wahren Volkswillens“ durch Wahlen das wirkmächtigste Legitimationsinstrument ihrer Herrschaft ist, nichts dem Zufall überlassen, um vorzubeugen, sollte ihre Popularität eines Tages schwinden. Das Instrumentarium reicht von der Beschneidung der Unabhängigkeit der Wahlbehörden wie zum Beispiel in Mexiko über die Neuzuschneidung von Wahlbezirken wie in Ungarn bis zur Diffamierung und Strafverfolgung der aussichtsreichsten Gegner wie in der Türkei.

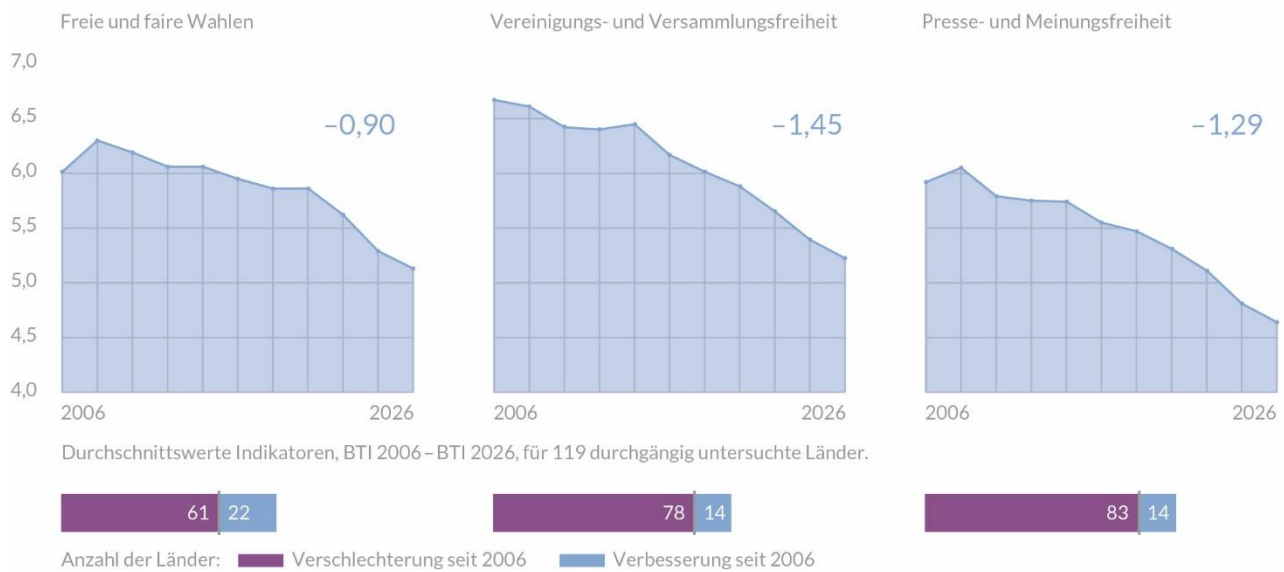
Gleichzeitig wurde auch in den vergangenen Jahren deutlich, dass Wahlen nicht die alleinigen Auslöser dramatischer Entwicklungen waren. In Bangladesch und Syrien hatten sich die Regierungen gerade in unfairen Wahlen vermeintlich sicher im Amt bestätigen lassen, bevor sie kurz danach überraschend gestürzt wurden. Auch die Proteste in Georgien, Nepal, Serbien und – nach dem BTI-Untersuchungszeitraum – Madagaskar drückten Widerstand gegen Korruption, staatliche Willkür und wirtschaftliche Missstände aus. Die Wahlen müssen im Zusammenspiel mit den anderen Treibern politischen Wandels betrachtet werden. Dass sich der Unmut trotz immer gravierenderen Einschränkungen politischer Beteiligungsrechte Bahn bricht, bleibt bemerkenswert.

Schrumpfende Handlungsspielräume – Zivilgesellschaft und Medien im Klammergriff

Wie stark die Substanzverluste im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Versammlungsfreiheit inzwischen ausgeprägt sind, zeigt der Vergleich zum BTI 2016. Während vor zehn Jahren im Indikator Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit 25% der Länder die niedrigste Bewertung (1–3 Punkte) erhielten, sind es im BTI 2026 39%. Umgekehrt hat sich der Anteil jener Länder, die diese Rechte nahezu uneingeschränkt gewähren (8–10 Punkte) von 37 auf 28% verringert. Der Anteil der Länder, in denen Meinungs- und Pressefreiheit faktisch nicht mehr existiert, hat sich seit 2016 von 25 auf 43% fast verdoppelt.

Für Nichtregierungsorganisationen wie Medien sind die Räume für politische Teilhabe und offenen Diskurs deutlich enger geworden. Verbale Attacken, Einschüchterungsversuche und Drohungen gegen kritische Journalist:innen sind in vielen Ländern an der Tagesordnung. Da die meisten demokratischen Regierungen Wert darauf legen, dass ihr Vorgehen zumindest formal-gesetzlichen Ansprüchen genügt, haben sie bewusst viel Interpretationsspielraum lassende Desinformations-, Fake-News- oder Anti-Diffamierungsgesetze erlassen, die drakonische Strafen vorsehen. Restriktive NGO-Gesetzgebungen verpflichten zivilgesellschaftliche Organisationen, sich als „ausländische Agenten“ zu registrieren, wenn sie Gelder aus dem Ausland erhalten. Medienvertreter oder NGOs werden mit so genannten SLAPP-Klagen überzogen (Strategic Lawsuit against Public Participation), die ihre wirtschaftliche Existenz bedrohen. Durch eine gezielte Personalbesetzung der eigentlich unabhängigen Medienaufsichtsbehörden wird die Lizenzvergabe oder öffentliche Finanzierung an staatsnahe Medien gesteuert. Dies führt häufig zu einer ausgedünnten Medienpluralität und staatlich dominierten Medienlandschaft, weil regierungskritischen Medien die wirtschaftliche Grundlage entzogen wurde oder sie von regierungsfreundlichen Unternehmern aufgekauft wurden, wie zum Beispiel in Ungarn, den Philippinen oder der Türkei.

Demokratieerosion und autokratische Verhärtung: Beschneidung politischer Beteiligungsrechte



Digitale Repression und Überwachung ist zudem zu einer flankierenden Strategie autoritärer Herrschaft geworden, die sich mühelos über Grenzen hinweg gegenseitig verstärken kann. Vor allem in autokratischen Staaten hat die lückenlose digitale Überwachung ebenso zugenommen wie die Häufigkeit von Internet-Shutdowns.

Zentralisierung und Personalisierung von politischer Macht

Die zunehmende Kontrolle über den öffentlichen Raum und die Diskurshoheit, die sich aus der Einschränkung politischer Beteiligungsrechte ergibt, entspricht der Zentralisierung von Macht durch die absichtsvolle Aushöhlung demokratischer Institutionen, die in einem ähnlichen Umfang von zahlreichen Regierungen vorangetrieben wurde. Das globale Niveau von Rechtsstaatlichkeit ist in den vergangenen zehn Jahren gesunken, deutlich und mit zunehmender Geschwindigkeit. Rückschritte bei der Ahndung von Amtsmissbrauch und der Unabhängigkeit der Justiz, mehr noch beim Schutz der Bürgerrechte und vor allem bei der Kontrolle der Exekutive durch eine effektive Gewaltenteilung sind für einen Rückgang der Rechtsstaatlichkeit um 0,51 Punkte auf der Zehnerskala im globalen Durchschnitt seit dem BTI 2016 verantwortlich.

Eine Verschlechterung um drei oder mehr Punkte im BTI-Indikator zur Gewaltenteilung signalisiert keine graduelle Schwäche, sondern eine fundamentale Verschiebung der politischen Machtarchitektur. Sie markiert den Übergang von funktionierender horizontaler Verantwortlichkeit zu einer exekutiv dominierten Staatsordnung – oder von bereits defekter Gewaltenteilung zu ihrer weitgehenden Entkernung bis hin zur faktischen Abschaffung. Seit dem BTI 2006 haben 24 Staaten eine derart gravierende Erosion erlebt – jedes fünfte durchgängig untersuchte Land. Besonders drastisch fiel der Rückbau in Niger (-7 Punkte) und Ungarn (-6) aus.

Diese beiden Fälle stehen exemplarisch für unterschiedliche, aber gleichermaßen folgenreiche Pfade exekutiver Machtkonzentration. Nach einem Militärputsch wie in Niger wird die Gewaltenteilung abrupt außer Kraft gesetzt; institutionelle Sicherungen werden binnen kürzester Zeit suspendiert. Weitaus häufiger jedoch vollzieht sich der Abbau graduell und strategisch – wie in Ungarn. Dort wurde über Jahre hinweg eine systematische Entmachtung von Kontrollinstanzen

betrieben: Justiz, Parlament, unabhängige Behörden und Medien wurden politisch entmachtet oder gezielt mit linientreuen Vertreter:innen besetzt, um eine einmal errungene Machtposition zu monopolisieren und dauerhaft abzusichern.

Bangladesch und Ungarn fungierten als frühe Prototypen dieser institutionellen Machtaneignung, indem klare parlamentarische Mehrheiten gezielt zum Abbau horizontaler Kontrollmechanismen genutzt wurden. Mitte des vergangenen Jahrzehnts fand dieses populistische Modell Nachahmer in Ländern wie Indien, Polen oder der Türkei. In jüngerer Zeit – auch im aktuellen Untersuchungszeitraum – treiben zunehmend autoritär agierende Staatschefs diesen Prozess voran. Häufig gestützt auf große öffentliche Zustimmung, wie etwa in El Salvador, stilisieren sie Effizienzdefizite, Korruption oder Reformstau zu Legitimationsnarrativen und präsentieren eine starke, weitgehend ungebundene Exekutive als vermeintliche Lösung. Tatsächlich jedoch beschleunigt diese Machtkonzentration die Erosion rechtsstaatlicher Sicherungen und verengt die politischen Spielräume für nachhaltiger Reformen.

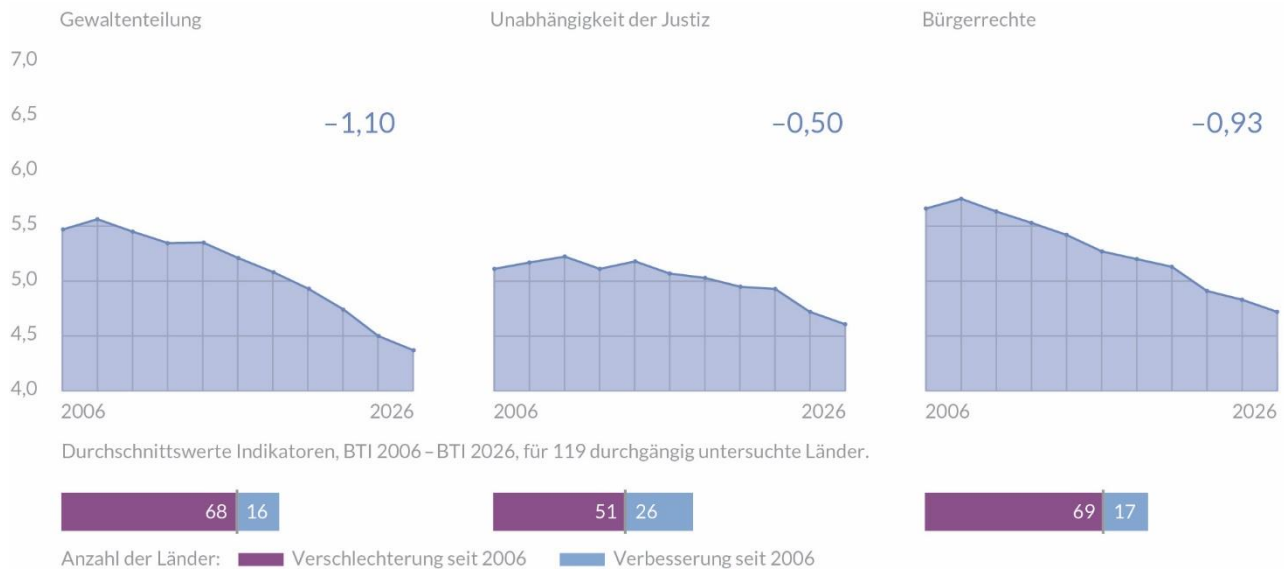
Auch wenn einzelne Schritte in Intensität und Reihenfolge variieren mögen, so gibt es doch eine typische Sequenz eines populistisch-autoritären Rückbaus von demokratischen Institutionen. So richtet sich die Aufmerksamkeit der Regierungen zumeist zügig auf die gezielte Aushebelung von Kontrollinstanzen, welche die Regierung eigentlich zur Rechenschaftslegung verpflichten sollen. In relativ weit fortgeschrittenen Demokratien sind diese institutionell bereits recht ausdifferenzierten Mechanismen nicht zuletzt deshalb die ersten Zielscheiben, weil sie den autoritären Vormarsch am wirkungsvollsten aufhalten könnten. Sollte das Parlament über eine nennenswert organisierte Opposition verfügen, wird es möglichst zügig lahmgelegt. Die serbische Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Präsidenten Aleksandar Vučić etwa lähmte den Gesetzgebungsprozess durch eine Flut von disziplinarischen Maßnahmen, späte Änderungen der Tagesordnung und das Einbringen von so genannten „dringenden gesetzlichen Maßnahmen“ seiner Regierung. Dies schränkte die Zeit für parlamentarische Debatten ein und führte dazu, dass die von der Opposition eingebrachten Gesetzesinitiativen erst gar nicht debattiert wurden. Zusätzlich blockierte die Regierungspartei mit zahllosen Änderungsanträgen ihrer eigenen Entwürfe praktisch die Diskussion des zur Abstimmung vorgelegten Gesetzes.

Die Schwächung der Gewaltenteilung ist selten ein isoliertes Phänomen – sie markiert in der Regel den Auftakt einer umfassenderen Aushöhlung rechtsstaatlicher Strukturen. In den 44 Ländern, in denen in den vergangenen sechs Jahren die funktionale und institutionelle Unabhängigkeit der Justiz eingeschränkt wurde, ging dies nahezu durchweg mit einem Verlust horizontaler Gewaltenteilung einher. Wo Gerichte politisch unter Druck geraten, sind parlamentarische Kontrolle und andere institutionelle Gegengewichte meist bereits geschwächt oder werden kurz darauf systematisch demontiert. In Bangladesch, Guatemala, Tansania, Uganda und Simbabwe folgte die Beschneidung der richterlichen Unabhängigkeit auf eine zuvor erfolgte Einschränkung der Gewaltenteilung – ein klares Muster strategischer Machtsicherung. Eine zunehmend autoritär agierende Exekutive erweist sich dabei als zentraler Motor rechtsstaatlicher Erosion.

Das Beispiel El Salvadors steht exemplarisch für die Dynamik und Entschlossenheit, mit der solche Prozesse heute vorangetrieben werden: Innerhalb kürzester Zeit wurden zentrale Kontrollinstanzen entmachtet und institutionelle Hürden beseitigt. Doch El Salvador ist kein Einzelfall. Auch in Benin, Georgien, Kirgisistan, Nicaragua, den Philippinen, Serbien und der Türkei lassen sich ähnliche Entwicklungen beobachten. In all diesen Ländern haben sich wesentliche rechtsstaatliche Garantien – von Gewaltenteilung und unabhängiger Justiz über wirksame Rechenschaftspflicht bis hin zum Schutz grundlegender Freiheitsrechte – in den vergangenen Jahren

substanziell verschlechtert. Regierungen unterminieren gezielt jene Institutionen, die ihre Macht begrenzen sollen. Klientelistische Netzwerke, exekutive Übergriffe und beschleunigte Autokratisierung sind dabei keine Begleiterscheinungen, sondern integrale Bestandteile einer bewussten Strategie der Machtkonzentration.

Demokratieerosion und autokratische Verhärtung: Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit



Die Entwicklung in Georgien und Serbien, in denen es seit dem BTI 2024 zu einem autokratischen Regimewechsel kam, sind repräsentativ für diese Fälle. In Georgien hat die Regierungspartei 'Georgischer Traum', seit sie 2012 ins Amt gewählt wurde, kontinuierlich ihre Machtposition konsolidiert, indem sie die Kontrolle lokaler Verwaltungen, der Justiz und der Zentralen Wahlkommission nach und nach übernahm. Auch in Serbien konzentriert Präsident Aleksandar Vučić nahezu die gesamte politische Macht in seinen Händen. Das nationale Parlament fungiert de facto als Akklamationsinstanz für Regierungsvorlagen, während die Justiz für politische Zwecke instrumentalisiert wird. Parlamentarische Debatten sind geprägt von gegenseitigen Beleidigungen, physischen Auseinandersetzungen und der systematischen Diskriminierung der Opposition. Auch auf lokaler Ebene ist die Macht stark zentralisiert.

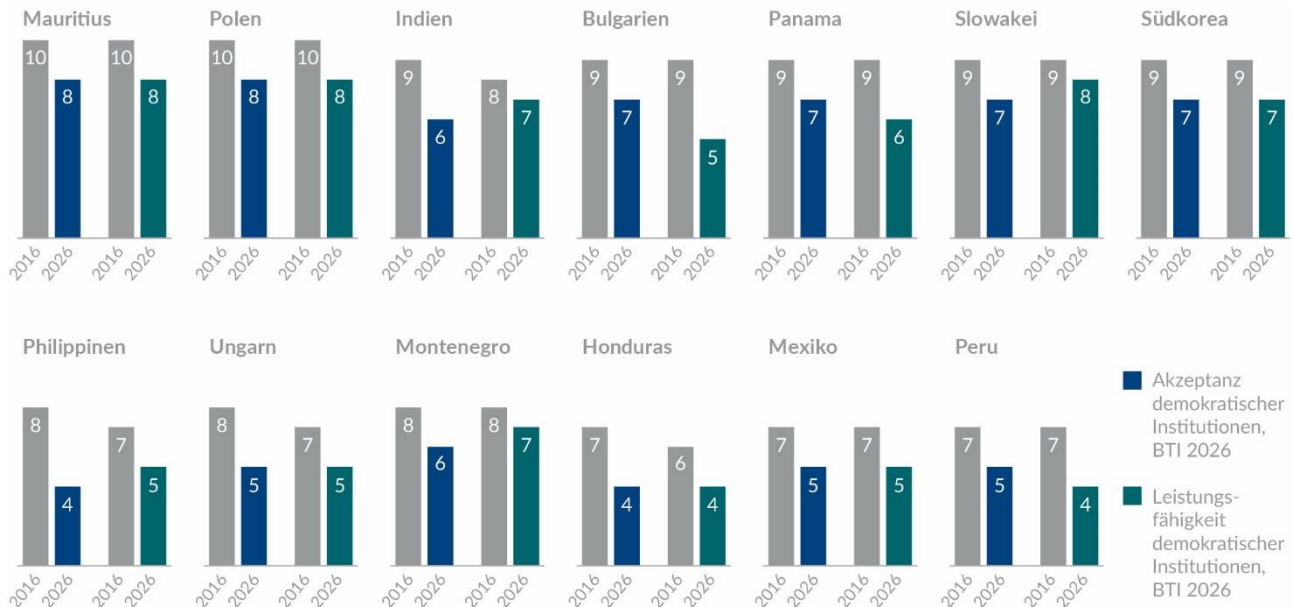
Wie tiefgreifend und substanziell ein solcher Ausbau exekutiver Machtkonzentration ist, zeigt ein Blick auf diejenigen Fälle, in denen Regierungswechsel eine Re-Demokratisierung eingeleitet haben, wie in Brasilien oder Polen. Beide gehören zwar zu den Ländern mit den größten Zuwächsen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit im BTI 2026, erreichen jedoch noch nicht das Niveau vor der Phase ihrer Autokratisierung.

Macherhalt auf Kosten demokratischer Akzeptanz

Die systematischen und kontinuierlichen Attacken auf demokratische Institutionen, Prozesse, Normen und politische Gegner spiegeln sich in sinkenden Werten hinsichtlich der Akzeptanz demokratischer Institutionen durch die wichtigsten politischen Akteure, mit einem aktuellen Minus von 0,12 Punkten im Durchschnitt der 137 untersuchten Länder. Auch hier gilt, dass der gestiegene Anteil autokratischer Regime sowie deren zunehmende Konsolidierung maßgebliche Treiber dieser Entwicklung sind. Allerdings prägte auch in jenen Staaten, die sowohl im BTI 2016 als auch im BTI 2026 als Demokratien eingestuft sind, eine Abkehr der Eliten von demokratischen Prozessen und Institutionen das letzte Jahrzehnt: mit einem Minus von 0,57 Punkten im

Durchschnitt der 54 Demokratien wird deutlich, dass mangelnder Respekt und fehlende Akzeptanz der demokratischen Ordnung durch einflussreiche Teile der politischen Elite zu den demokratiegefährdendsten Faktoren der letzten Dekade zählen.

Machtkonzentration auf Kosten demokratischer Akzeptanz und Leistungsfähigkeit



Dargestellt sind alle Demokratien, die seit dem BTI 2016 beim Indikator zur Akzeptanz demokratischer Institutionen eine Abwertung von mindestens zwei Punkten verzeichnet haben.

Die sinkende Akzeptanz demokratischer Institutionen durch politische Eliten geht in der Regel auch Hand in Hand mit einer abnehmenden Leistungsfähigkeit dieser Institutionen. Wenn politische Akteure mit erheblichem Machtpotenzial politische Institutionen, wie Verfassungsgerichte oder Parlamente, nicht als legitim anerkennen, instrumentalisieren und sich nicht mehr an demokratische Spielregeln halten, bleiben zwar die Fassaden dieser Institutionen bestehen. Diese können ihre eigentlichen Aufgaben allerdings immer weniger erfüllen. Im Regelfall ist jenseits der populistischen Rhetorik zu beobachten und messbar, dass weder eine Machtzentralisierung noch eine antielitäre Ausrichtung dazu beitragen, beispielsweise Amtsmissbrauch konsequenter zu ahnden. Die Herrschaftslogik populistisch-autoritärer Regierungen, einen vorgeblichen Abwehrkampf gegen die Rückkehr von korrupten Politikern zu führen, die noch immer im Hintergrund einflussreiche Fäden ziehen, befördert nicht nur eine machtsichernde gesellschaftliche Polarisierung, in deren Verlauf sämtliche Oppositionelle und Kritiker als potenzielle Staatsfeinde gebrandmarkt werden. Sie erschwert durch die Aushebelung aller Kontrollinstanzen auch die Ahndung von Amtsmissbrauch und die Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftslegung.

Ein besonders frappierendes Beispiel, wie wenig Rhetorik und Wirklichkeit häufig miteinander zu tun haben, fand im Untersuchungszeitraum etwa in der Slowakei statt, wo die Regierung von Premierminister Robert Fico und seine Partei die Antikorruptionsbehörden unterminierten, die zuvor gegen Fico ermittelt und seine Verbündeten strafrechtlich verfolgt hatten. Eine Reihe von Gesetzesänderungen reduzierten den Schutz für Whistleblower, senkten die Strafen für Amtsmissbrauch, setzten die Verjährungsfrist für Finanzdelikte herab und schafften die Sonderstaatsanwaltschaft ab. Die Gesetzesänderungen wurden außerhalb des regulären Verfahrens in

einem verkürzten Zeitrahmen verabschiedet, der weniger Raum für Debatten oder Konsultationen mit Interessengruppen zuließ. Die Regierung löste auch die nationale Kriminalpolizei auf, die Fälle von Korruption und Terrorismus untersuchte und in der Vergangenheit gegen Fico ermittelt hatte. Viele dieser Reformen zeigten eine sofortige Wirkung in anhängigen Verfahren gegen Politiker:innen der Regierungspartei Smer, die einer Strafverfolgung für ihr Fehlverhalten entgehen werden.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Zustimmung zur Demokratie seitens der Bevölkerung seit Beginn des letzten Jahrzehnts gesunken ist, um durchschnittlich -0,37 Punkte in der Gruppe der im BTI 2016 und im BTI 2026 als Demokratien eingestuften 54 Länder. Eine generelle Abkehr von den grundlegenden Werten und Zielsetzungen der Demokratie stellt dies laut den Ländergutachten in der überwiegenden Anzahl der Demokratien nicht dar, aber die Lücke zwischen dem Wunsch der Menschen nach Demokratie als attraktivster Regierungsform und der Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie in der Praxis funktioniert, wächst. Auch das Vertrauen in zentrale demokratische Institutionen wie politische Parteien, Regierungen, Parlamente oder das Justizsystem ist vielerorts erschüttert.

Die anhaltend hohe normative Zustimmung zur Demokratie bei gleichzeitig sinkendem Vertrauen in und wachsender Unzufriedenheit mit ihren Institutionen verweist weniger auf eine grundsätzliche Ablehnung demokratischer Ordnung als auf eine tiefgreifende Legitimationskrise ihrer konkreten Ausgestaltung. Die wachsende Kluft zwischen demokratischem Ideal und demokratischem Funktionieren schafft ein Einfallstor für Akteure, die proklamieren, eine „wahre Demokratie“ gegen ein angeblich „kaputtes System“ zu verteidigen. Demokratische Institutionen werden zunehmend von antidemokratischen Kräften blockiert, ausgehöhlt oder offen vorgeführt. So können sich populistische Akteure auf den demokratischen Anspruch der Bevölkerung berufen, während sie zugleich liberale Institutionen durch Umdeutung und Instrumentalisierung delegitimieren.

Diese Gemengelage ist Teil des komplizierten Mixes an Herausforderungen, mit denen sich pro-demokratische Regierungen konfrontiert sehen, wenn sich nach einer autoritäreren Phase die Möglichkeit zu einer demokratischen Erneuerung bietet. Der Umgang mit antidemokratischen Akteuren Vetoakteuren ist der Bereich der Konsensbildung, bei dem es im letzten Jahrzehnt die größten Einbußen gab. Der Wert hat sich im globalen Durchschnitt seit dem BTI 2016 um 0,82 Punkte verschlechtert, auch im Vergleich zum BTI 2024 gab es noch einmal einen Rückgang um durchschnittlich 0,15 Punkte. In 27 Ländern gelang es schlechter als noch vor zwei Jahren, den Einfluss mächtiger antidemokratischer Akteure einzuhegen. Zum einen liegt das an der wachsenden Zahl autokratisch regierter Länder, wie die aktuellen stärksten Verluste in Nigeria oder dem Sudan zeigen. Wenn Antidemokraten an der Macht sind, stellt sich nicht mehr die Frage, wie sie erfolgreich in demokratische Reformbemühungen einbezogen oder so ausgeschlossen werden können, dass sie Transformation nicht blockieren.

Zum anderen gibt es eine Reihe von Staaten, in denen sich demokratisch gewählte Regierungen immer weniger an demokratische Normen und Prozesse halten. So ist der Einfluss antidemokratisch eingestellter Akteure von Indonesien über Kolumbien und Rumänien bis Südkorea stärker geworden. Viele der Rückschritte fanden in Ländern der oberen Bewertungsstufen (8–10 Punkte) statt, in denen es Regierungen noch vor einigen Jahren gut gelang, oppositionelle Kräfte entweder auszuschließen oder zu kooptieren und damit Blockaden demokratischer Reformen zu vermeiden. Während dies im BTI 2016 noch 35 Regierungen gelungen ist, waren es im BTI 2026 nur noch 29. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung liegt im Aufkommen neuer Parteien und

Bewegungen, die häufig ein primär majoritäres Demokratieverständnis haben und institutionelle Kontrollmechanismen, Gewaltenteilung sowie Minderheitenschutz teils grundsätzlich ablehnen – und zwar bereits im Vorfeld einer möglichen Regierungsübernahme. Mit zugespitzter Rhetorik und einem Politikstil, der politische Entscheidungsträger und deren Defizite angreifen, erhöhen sie den Druck auf etablierte Parteien. Letztere verfügen bislang vielfach noch nicht über tragfähige Strategien im Umgang mit diesen Herausforderungen.

Wie sich Erosion der Demokratie und Repression wechselseitig verschärfen

Angesichts der massiven Einschränkungen von Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit, die sich im letzten Jahrzehnt Bahn gebrochen haben, ist es beachtlich, wie anhaltend hoch weiterhin die Protestbereitschaft von Bürger:innen ist. Laut Global Protest Tracker des Carnegie Endowment for International Peace gab es allein im Jahr 2024 160 Antiregierungsproteste weltweit. Sie finden in Autokratien wie Demokratien statt, richten sich gegen die Manipulation von Wahlen, Missmanagement und Korruption, wirtschaftliche Notstände oder auch gegen die Einführung von restriktiven NGO-Gesetzen oder die Beschneidung demokratischer Kontrollinstanzen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihren Regierenden bleibt hoch angesichts multipler Krisen und der Wahrnehmung, dass allzu selten das Wohl der Bevölkerung im Zentrum des Regierungshandelns steht.

Die Antwort vieler Regierungen auf Massenproteste ist insbesondere in den vergangenen zwei Jahren häufig eine Verschärfung der Repressionen und die Eskalation der gewaltsamen Niederschlagung. So verstärken sich Erosion und Repression wechselseitig. Nicht immer jagen Antiregierungsproteste die Regierungen aus dem Amt wie in Bangladesch, Sri Lanka oder Nepal. Nicht immer lösen Proteste einen Regimewechsel zur Demokratie aus. Aber in vielen Ländern öffnen sich nach Phasen der Autokratisierung Möglichkeitsfenster für einen grundlegenden Wandel, auch wenn der Erfolg ist alles andere als garantiert ist.

Konsensorientierte Regierungsführung nimmt ab

Sinkende Demokratiequalität und verschlechterte Governancелеistungen verstärken sich wechselseitig. In der Verengung politischer Entscheidungsräume, häufig auf eine kleine politische und wirtschaftliche Elite um den Regierungschef, ist autoritäre oder weniger demokratische Governance nicht nur abträglich für die inklusiven Aspekte von Regierungsführung wie Konsensbildung. Sie schränkt durch den limitierten politischen Diskurs um beste Lösungen und gesellschaftliche Entwicklungsziele auch responsive Lernfähigkeit und Gemeinwohlorientierung ein. Wird eine Regierung nur unzureichend oder gar nicht kontrolliert, erlaubt ihr dies in letzter Konsequenz die Etablierung oder Festigung eines Status Quo, der auf die Selbstbereicherung von korrupten Eliten oder Parteiapparaten und die Ausbeutung staatlicher Ressourcen zum Nutzen weniger ausgerichtet ist. Umgekehrt aber illustrieren zahlreiche resiliente Demokratien und einige demokratische Aufsteiger durch Positivbeispiele die Spielräume nationaler Governance für mehr Effizienz, Gestaltungsfähigkeit, Konsensbildung und internationale Zusammenarbeit.

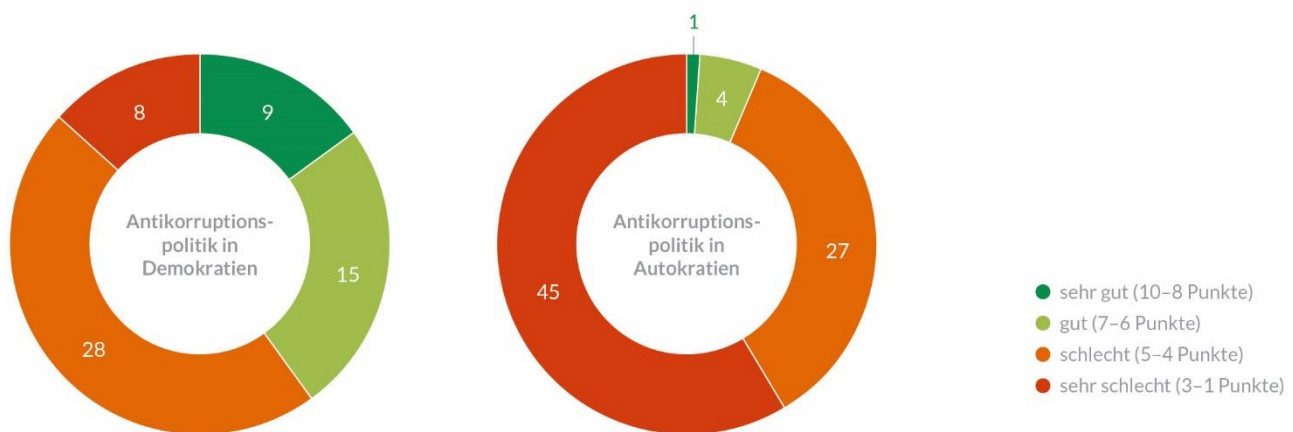
Effizienzverlust durch Machtkonzentration

Der jüngste Trend bestätigt die Korrelation von Effizienz und politischem Transformationsstand. Im BTI 2026 finden sich unter den neun Regierungen, die ihre Governance in den letzten zwei Jahren substanziell effizienter, koordinierter und transparenter gestalten konnten und sich im Kriterium Ressourceneffizienz um mindestens 0.5 Punkte verbesserten, bezeichnenderweise

sieben Aufsteiger der Dimension politische Transformation. Insbesondere Bangladesch unter der Übergangsregierung von Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus und Polen unter der liberalen Regierung von Donald Tusk setzten Reformen in Gang, die eine stärkere Ahndung von Korruption und Amtsmissbrauch sowie eine weniger politisierte und effizientere Verwaltung gewährleisten sollen.

Umgekehrt zeigen sich die autoritären Effizienzdefizite nirgends deutlicher als im Bereich der Antikorrupsionspolitik, der erneut am schwächsten bewerteten Regierungsleistung. Nur 29 Regierungen haben umfangreiche Integritätsmechanismen installiert, die gut oder leidlich funktionieren (10–6 Punkte), unter ihnen mit Singapur, den Vereinigten Arabischen Emiraten und auch noch Kuwait, Katar und Ruanda gerade einmal fünf Autokratien. In über 100 Ländern wird Korruption unzureichend oder gar nicht bekämpft, davon zwei Drittel unter autokratischer Führung.

Schwache Antikorrupsionspolitik in 108 Ländern



Dies ist symptomatisch für ein kontinuierlich gebrochenes Effizienzversprechen, welches so häufig das autokratische Narrativ prägt. Nayib Bukele in El Salvador, Aleksandar Vučić in Serbien und Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei waren alle in demokratischen Wahlen mit der Anti-Establishment-Agenda erfolgreich gewesen, korrupte Seilschaften zu bekämpfen, illegale Begünstigungen abzuschaffen und effizienter für das Gemeinwohl zu regieren. Stattdessen haben sie in den letzten Jahren einen autoritären Kurs eingeschlagen und im Zuge dessen Aufsichtsbehörden lahmgelegt und ein eigenes Patronagenetzwerk aufgebaut, das Familie und Freunde bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt und politisch instrumentalisierte Bereicherung zulässt. Schon diese Beispiele unterstreichen, dass es keinen Effizienzvorteil straffen autoritären Regierens durch vermeintlich schnelleres und entschiedeneres Handeln gibt.

Der Effizienzverlust durch Machtkonzentration zeigt sich ebenfalls, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt wie bei der Antikorrupsionspolitik, bei Ressourcennutzung und Politikkoordination. Von den 14 Governance-Indikatoren im BTI sind ressourceneffiziente und koordinierende Regierungsführung die Qualitäten, in denen demokratische Regierungen und autoritäre Regime noch am engsten beieinanderliegen – auch wenn die durchschnittliche Differenz selbst hier 1,87 bzw. 1,60 Punkte auf der BTI-Zehnerskala beträgt. Dies liegt auch darin begründet, dass ein rigides Top-Down-Management, wie es in den meisten Autokratien vorherrscht, bis zu einem gewissen Punkt koordinatorische Erfolge zeitigen kann, wie beispielsweise in Ruanda und Saudi-Arabien (je 7 Punkte). Hier verhindert eine strikte Hierarchisierung institutionelle Blockaden

und konfligierende Politikziele, die beispielsweise die Politikkoordination in defekten Demokratien wie Bolivien, Kolumbien oder den Philippinen (je -2 Punkte) in den letzten Jahren beeinträchtigten.

Zur dauerhaften Durchsetzung dieser strikten Hierarchie und Zentralisierung bedarf es allerdings loyaler Unterstützer an entscheidenden Stellen. Daraus resultiert ein Verwaltungssystem, in dem Patronage und Loyalität wichtiger sind als Leistung, und in dem Treue belohnt werden will. Dies hat insbesondere negative Auswirkungen darauf, wie effizient eine Regierung mit den verfügbaren Ressourcen umgeht.

Diese Schere zwischen Koordinationserfolgen und Effizienzverlusten geht gerade in Autokratien besonders stark auseinander. Bezeichnend für Ressourcenvergeudung bei zentralistischer Hierarchie sind die Autokratien Bangladesch, Jordanien, Niger und Tunesien. Sie alle liegen mit sechs Punkten bei der Politikkoordination noch über dem globalen Durchschnitt, weisen aber mit vier Punkten hinsichtlich des effizienten Ressourceneinsatzes unterdurchschnittliche Leistungen auf. So leistete sich Bangladesch unter der autoritären Awami League den Luxus, der Opposition nahestehende Beamte als „officers on special duty“ bei voller Bezahlung von allen Aufgaben freizustellen, spielen statt Eignung in Jordanien die Familienzugehörigkeit und in Niger die persönlichen Beziehungen zu den jeweiligen Machthabern bei der Besetzung öffentlicher Ämter eine informelle, aber bedeutsame Rolle, und werden offene Führungspositionen in Justiz und Verwaltung vom tunesischen Präsidenten erst gar nicht oder verspätet besetzt. Über den Einsatz der finanziellen Ressourcen besteht wenig Transparenz, und dies ermöglicht Schattenkassen und Veruntreuung.

Insgesamt ist Politikkoordination in 80% der Autokratien eine der stärksten Leistungen im Bereich der Ressourceneffizienz, und in knapp der Hälfte aller Fälle ist sie sogar alleinig am besten bewertet. Oder am wenigsten schwach. Denn 38 von 77 Autokratien erreichen in keinem der drei Effizienzindikatoren von Ressourcennutzung, Politikkoordination und Antikorruptionspolitik mehr als schwache vier Punkte, während dies mit Bolivien, Kenia, dem Libanon, Nepal und Sierra Leone auf gerade einmal fünf demokratische Regierungen zutrifft.

Dies spricht für eine klare Prioritätensetzung autokratischer Herrschaft: es geht primär um Kontrolle und Machtsicherung, die gegebenenfalls ein koordinierteres Vorgehen ermöglicht, aber selten echte Effizienzgewinne hinsichtlich des Einsatzes der verfügbaren Ressourcen zeitigt oder korrupte Strukturen effektiv bekämpft und somit zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung beiträgt. So übertreffen dann auch lediglich vier von 77 Autokratien – Singapur, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Ruanda – den globalen Durchschnittswert der 60 Demokratien für Ressourceneffizienz und vier weitere Autokratien – Benin, China, Côte d’Ivoire und Saudi-Arabien – erreichen ihn.

Diese Ergebnisse sollten die auch in Europa grassierende Faszination, die von den angeblich effizienzsteigernden Möglichkeiten des „Durchregierens“ einer gestärkten und weniger kontrollierten Exekutive ausgeht, deutlich dämpfen. Tatsächlich sind unter den Top 20 im Kriterium Ressourceneffizienz fast nur Demokratien zu finden, die es bewerkstelligen, auch in mitunter schwierigen Koalitionen und mit teils mühsam ausgehandelten Kompromissen, dauerhafte und tragfähige Lösungen für eine meritokratische Verwaltung, eine kohärente Politikkoordination und eine transparente und integre Ressourcenverwendung zu erarbeiten.

Machtsicherung statt Gemeinwohlorientierung

In den meisten Autokratien hat die Sicherung von Macht und Pfründen somit Vorrang vor einem am Gemeinwohl orientierten Ressourceneinsatz. Dies zeigt sich auch in der Wahrnehmung staatlicher Kernaufgaben – von der Sicherung von Frieden und Sicherheit mittels eines staatlichen Gewaltmonopols sowie der Bereitstellung grundlegender Infrastruktur wie Wasseranschlüssen, Sanitäranlagen, Elektrizitätszugängen und Verkehrsanbindungen mittels grundlegender Verwaltungsstrukturen.

Diese beiden Bereiche von Staatskapazität haben sich in den letzten Jahren in unterschiedliche Richtungen entwickelt. Während das staatliche Gewaltmonopol in kontinuierlich demokratisch regierten Ländern stabil blieb, wurde es in Autokratien leicht ausgebaut. Maßgebliche Treiber dieser Entwicklung waren im Untersuchungszeitraum Aserbaidschan, dessen Regierung nach Einnahme von Bergkarabach und dem Abzug der russischen Truppen über ein territorial uneingeschränktes Gewaltmonopol verfügt, Kirgisistan, dessen Sicherheitsbehörden erfolgreich gegen das organisierte Verbrechen vorgingen und im Zuge dessen auch ihr repressives Potenzial noch einmal steigerten, und Syrien, dessen neue Machthaber der islamistischen Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) das von der Zentralregierung kontrollierte Territorium ausdehnen und bewaffnete Milizen in die Nationalarmee integrieren konnten.

Hingegen sank die Qualität staatlicher Dienstleistungen unter dauerhaft autokratisch geführten Regierungen in den letzten zehn Jahren deutlich um 0,42 Punkte, auch wenn der BTI 2026 nach kontinuierlichen Abwertungen insbesondere in den Pandemie Jahren im globalen Durchschnitt nunmehr einen leichten Aufwärtstrend ausweist. So hat sich beispielsweise der stabilisierte Irak unter Premierminister Mohammed Shia' al-Sudani bei Steuerverwaltung und Infrastruktur deutlich verbessert. Insgesamt aber fokussiert sich autoritäres Regieren auf einen Ausbau des staatlichen Gewaltmonopols und vernachlässigt Basisdienstleistungen, die mehr als zwei volle Punkte auf der BTI-Zehnerskala unter denen von Demokratien bewertet werden.

Gleichwohl haben sich Dienstleistungen und Infrastruktur auch unter kontinuierlich demokratischer Ägide in den letzten zehn Jahren verschlechtert, und zwar mit einem durchschnittlichen Minus von 0,41 Punkten im selben Umfang wie in den Autokratien. Bedeutsam ist allerdings, dass die maßgeblichen Treiber dieser Entwicklung jene Staaten sind, die wie der Libanon, Mexiko, Namibia oder Ungarn auch starke Rückschritte im politischen Transformationsverlauf aufweisen. Der ungarische Fall veranschaulicht diesen Zusammenhang besonders plastisch. Die Fidesz-Regierung verfolgt einen strikten Zentralisierungskurs, in dessen Verlauf der Staat stark in die Regelungskompetenzen der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung eingegriffen hat. Dies spiegelt die umfassenderen Bemühungen der Regierungspartei wider, die politische Kontrolle auf fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens auszuweiten, mit abträglichen Resultaten für Gesundheitswesen, Bildung und Zugang zu sozialen Dienstleistungen. Die Zentralregierung hat zudem die Zuweisung von Ressourcen politisiert und wiederholt Mittel für von der Opposition regierte Städte und Gemeinden gekürzt oder zurückgehalten. Die Qualität grundlegender Verwaltungsstrukturen fiel auf mittlerweile nur noch sieben Punkte und damit unter den Durchschnitt demokratisch regierter Staaten.

Angesichts dieser negativen Trends gilt es umso mehr hervorzuheben, dass es zwölf Regierungen gelungen ist, in den letzten zehn Jahren durchgängig und auch während der Covid-19-Pandemie ein ausgezeichnetes Niveau (10 Punkte) an staatlichen Dienstleistungen und Verwaltungsstrukturen aufrechtzuerhalten. Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen

sowie die Slowakei und Slowenien waren ebenso wie Chile und Uruguay, Südkorea und Taiwan und auch die drei Autokratien Katar, Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate in der Lage, über eine differenzierte Verwaltungsstruktur im gesamten Land alle grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen bereitzustellen.

Politische Gestaltungsfähigkeit unter erschwerten Bedingungen

Über die vergangenen zwei Jahrzehnte sind die strukturellen Hürden, denen sich Regierungen bei der Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen ausgesetzt sehen, noch einmal höher geworden. Tief verwurzelte Armut, gravierende Defizite in der Infrastruktur sowie unzureichende Bildungssysteme erschweren staatliches Handeln erheblich. Hinzu kommen die zunehmenden Folgen des Klimawandels: der Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Flächen, zunehmender Wassermangel sowie eine steigende Zahl und Intensität von Naturkatastrophen.

Zentrale staatliche Aufgaben sind in vielen Ländern des globalen Südens aufgrund von Überschuldung oder massiven Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit unterfinanziert. Regierungen stehen unter Druck, Finanzierungslücken durch fortgesetzte Verschuldung, Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen zu schließen. Das kann politische Spannungen verschärfen, insbesondere wenn Subventionen oder soziale Programme betroffen sind. Politische Gestaltungsfähigkeit agiert weiterhin in einem eng begrenzten Raum. Bei der Bemessung der strukturellen Hürden ordnet auch der BTI 2026 knapp ein Drittel aller untersuchten Länder als hochgradig belastet (8–10 Punkte) ein.

Vor diesem Hintergrund ist es noch einmal höher einzustufen, dass es den unter einem besonders hohen Schwierigkeitsgrad agierenden Regierungen von Gambia, Guatemala, Lesotho und Syrien gelungen ist, ihre politische Gestaltungsfähigkeit in den letzten zwei Jahren signifikant zu erweitern. Sie zählen zu den neun Regierungen, denen der BTI 2026 deutliche Zugewinne in Prioritätensetzung, Umsetzung und Lernfähigkeit attestiert.

Das geographisch benachteiligte und hochverschuldete Gambia beeindruckte durch eine umfassende und mit externer Unterstützung und partizipativen Elementen durchgeführte Strategieentwicklung, die auch den Ausbau von Evaluations- und Monitoring-Instrumenten vorsieht. Der sozial inklusive Fokus der Regierung Guatemalas auf Bildung, Infrastruktur und die Bekämpfung von Armut und Korruption stößt auf finanzielle Schwierigkeiten und politische Widerstände, doch ihr flexibles Agieren wird unter anderem durch die Konsultation von indigenem und externem Wissen unterstützt. Auch die Regierung Lesothos hat mit ineffizienten und korrupten Strukturen zu kämpfen, setzte jedoch unter anderem ein ambitioniertes Ausbildungsprogramm um. Den größten Zuwachs an politischer Gestaltungsfähigkeit verzeichnete Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes. Die neue Regierung vermied ein Auseinanderbrechen des Landes, indem sie sich innen- wie außenpolitisch vom globalen Dschihadismus distanzierte, sich als islamistische, aber nationalistische Bewegung präsentierte und Minderheiten versicherte, dass ihre Rechte und ihre Lebensweise respektiert würden. Vor herausragende sozioökonomische und sicherheitspolitische Probleme gestellt, wird sie beweisen müssen, ob sie in der Lage ist, ihren pragmatisch-integrativen Kurs beizubehalten.

Eine beachtliche Anzahl von 50 Regierungen haben ihre politische Gestaltungsfähigkeit in den letzten zwei Jahren mindestens in einem der drei Aspekte Priorisierung, Implementierung oder Lernfähigkeit verbessern können, während umgekehrt 36 Regierungen, darunter auffallend viele destabilisierte lateinamerikanische Demokratien, an Steuerungskapazitäten einbüßten. Die internen Managementaspekte politischer Gestaltung liegen damit erstmals im globalen Durchschnitt über den konsensbildenden Governance-Qualitäten.

Dies mag einerseits darauf hinweisen, dass zahlreiche Regierungen sich in Reaktion auf die als Polykrise wahrgenommenen Destabilisierungen und Unsicherheiten vermehrt auf das Kerngeschäft politischer Gestaltung konzentrieren und die inklusiven Aspekte guter Regierungsführung nachordnen. Andererseits sollte man die Zunahme an Gestaltungsfähigkeit zwar vermerken, aber nicht überbewerten. Anfang des Jahrzehnts scheiterten beispielsweise 35% aller untersuchten Regierungen bei der effektiven Umsetzung der meisten oder aller ihrer selbstgesteckten Prioritäten (1–4 Punkte), und dieser Anteil erhöhte sich sukzessive bis auf 44% im BTI 2024, um nun auf immer noch hohe 42% abzusinken. Weiterhin mangelt es in vielen Ländern an planerisch durchdachter Operationalisierung ihrer gesetzten Prioritäten, ist deren Umsetzung entsprechend defizitär und die Lernkurve der Regierenden zumeist recht flach.

Erodierender Zielkonsens

Die politische Gestaltungsfähigkeit einer wachsenden Zahl von Ländern richtet sich deutlich weniger oder gar nicht mehr an den gesellschaftlichen Leitbildern von Demokratie und Marktwirtschaft aus. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts sinkt der im BTI gemessene Zielkonsens unter den politischen Führungskräften kontinuierlich. Das ist zum einen auf die stetig steigende Anzahl von autokratischen Regimen zurückzuführen, die mittlerweile das demokratische Leitbild offensiv ablehnen und bekämpfen. Aber zum anderen ist auch bei alleiniger Betrachtung der 50 Länder, die seit dem BTI 2016 durchgängig demokratisch regiert worden sind, dort ebenfalls ein kontinuierliches und deutliches Absinken des Elitenkonsens zu konstatieren, von durchschnittlich 8,18 Punkten im BTI 2016 auf nunmehr 7,68 Punkte.

Fünf Demokratien immerhin gelang im BTI 2026 eine Trendwende zu größerem Konsens (Brasilien und Polen) oder zur Festigung des bestehenden Konsenses (Bhutan, Malaysia, Ukraine), gemeinsam mit den auf einen politischen Aufbruch hoffenden Guatemala und Syrien. Dem gegenüber stehen aber 30 Länder, in denen der Zielkonsens geschrumpft ist, in der Mehrzahl zum wiederholten Mal. Darunter sind 22 Autokratien, deren schlechtere Bewertung eine geschlossener Ablehnung der Transformationsziele Demokratie und Marktwirtschaft zum Ausdruck bringt. Dazu zählt auch China, das unter Xi die marktwirtschaftlichen Elemente deutlicher und strikter unter staatliche Kuratel stellt.

Dieser Negativtrend ist zum einen auf die abnehmende Problemlösungsfähigkeit von Demokratie und Marktwirtschaft zurückzuführen. In den letzten zehn Jahren ging in den 50 durchgängig demokratisch regierten Staaten sowohl die Leistungsstärke demokratischer Institutionen wie auch das sozioökonomische Entwicklungsniveau zurück, auch aufgrund institutioneller Blockaden, schlechtem Krisenmanagement und wachsender sozialer Ungleichheit. Dies thematisieren autoritäre Narrative, die die Funktionalität demokratischer und marktwirtschaftlicher Ordnungen hinterfragen, einen staatsdominierten Kapitalismus als alternativen Garanten für Effizienz und Stabilität proklamieren und ihre Regime zudem als normativ nicht festgelegten und souveränitätsachtenden Partner für Entwicklungszusammenarbeit ins Spiel bringen.

Zum anderen aber höhlt das Erstarken populistischer und polarisierender politischer Kräfte wesentliche normative Alleinstellungsmerkmale demokratischen Regierens aus, indem es Pluralismus, Offenheit und Minderheitenschutz gefährdet. Das Abrücken von regelbasierter, prozeduraler Legitimität fördert die Instrumentalisierung eines nur noch formell demokratischen und marktwirtschaftlichen Systems. Wenn politische Eliten eher an Machtsicherung und wirtschaftliche Eliten eher an klientelistischen oder oligarchischen Arrangements interessiert sind, erodiert der Akteurskonsens.

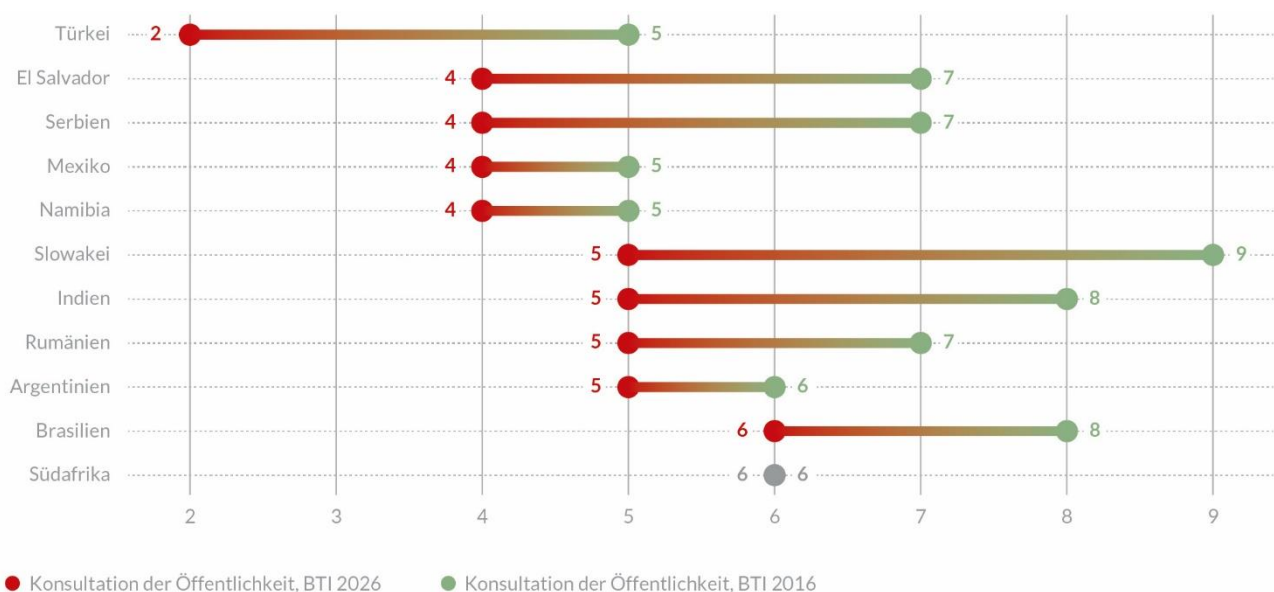
Sowohl dysfunktionale wie auch polarisierte demokratische Systeme unterminieren insofern den Akteurskonsens – nicht, weil es an Bekenntnissen zu Demokratie und Marktwirtschaft mangeln würde, sondern weil institutionelle Friktionen, Eigeninteressen der politischen Akteure und nur noch formal eingehaltene demokratische Procedere die Leistungsstärke und Glaubwürdigkeit der Demokratie nachhaltig beschädigen.

Die dysfunktionale Ausprägung in Peru resultiert aus politischer Instabilität, Korruptionsskandalen und legislativer Obstruktion, die die Fähigkeit des Staates geschwächt haben, langfristige politische Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen. Das Parlament verteidigt seine eigenen Interessen und Vorrechte, schottet sich insbesondere von sozialpolitischen Anliegen der Bevölkerung ab und befördert so eine Entfremdung zwischen Politik und Zivilgesellschaft.

Die polarisierte Ausprägung in Rumänien kulminierte im November 2024 in der Annullierung der Präsidentschaftswahlen durch das Verfassungsgericht. Auch wenn die zur Begründung herangeführten Hinweise auf russische Einmischung plausibel erschienen, reichten laut Venedig-Kommission Beweisstandard und Transparenz nicht aus, um eine so einschneidende Maßnahme zu rechtfertigen. Die umstrittene Entscheidung beförderte die Erosion der politischen Legitimität, den weiteren Aufstieg systemkritischer Kräfte und auch die Polarisierung der Zivilgesellschaft, deren Akteure entweder die Narrative der Regierung unterstützen oder ausgeschlossen werden.

Diese Beispiele veranschaulichen, dass eine Erosion des demokratischen Konsenses auch eine Verringerung des politischen Willens nach sich zieht, zivilgesellschaftliche Kräfte in Entscheidungsprozesse einzubinden. In dysfunktionalen oder polarisierten Kontexten haben responsives Regieren, aktiver Austausch und Konsultation der Öffentlichkeit keinen hohen Stellenwert. Populistische und antipluralistische Appelle an das „Volk“ und klientelistische Hinterzimmerabreden stellen die Negation des Bemühens um eine repräsentative Berücksichtigung der Anliegen einer heterogenen Gesellschaft dar.

Weniger Konsens, weniger Konsultation



Veränderung zivilgesellschaftlicher Beteiligung, BTI 2016-2026, in Ländern mit einem vormalig hohen und nun sinkenden Zielkonsens.

Die Konsultation der Öffentlichkeit bleibt auch im BTI 2026 auf niedrigem Niveau und ist nach Antikorruptionspolitik weiterhin die am zweitschlechtesten bewertete Governance-Qualität. Die Parallelität der Rückschritte zivilgesellschaftlicher Konsultation bei reduziertem demokratischen Akteurskonsens sind offensichtlich, wenn man die Beteiligungstrends der letzten zehn Jahre in jenen Ländern betrachtet, die noch im BTI 2016 einen nahezu einmütigen und mit acht oder neun Punkten bewerteten Akteurskonsens über Demokratie und Marktwirtschaft hatten und seitdem größere Konfrontationen hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklungsziele (7 oder weniger Punkte) aufwiesen. Mit Ausnahme Südafrikas, wo der Akteursdissens eher im Bereich der wirtschaftlichen Zielsetzungen anzusiedeln ist, sank die zivilgesellschaftliche Beteiligung in allen anderen Fällen. Besonders ausgeprägt war dies, neben dem hindunationalistischen Indien und der stark polarisierten Slowakei, in El Salvador, Serbien und der Türkei der Fall, die in den letzten Jahren in autokratische Herrschaft abgeglitten sind.

Mit der abnehmenden Konsultation der Öffentlichkeit berauben sich die politischen Akteure einem mächtigen Instrument, bessere Politik zu machen, denn das partikulare und dezentrale Wissen zivilgesellschaftlicher Kräfte und anderer Stakeholder wäre ein wichtiges Korrektiv für schematisch und zentralistisch erstellte Reformvorhaben und deren hierarchische Umsetzung. Hierfür stünden aktive und kooperative Partner zur Verfügung. In den 50 durchgängig demokratisch regierten Ländern ist in den letzten zehn Jahren Stärke, Kooperationsbereitschaft und Organisationsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure stabil geblieben. Während die Repräsentativität und soziale Verankerung der Parteiensysteme seit Jahren schwindet, halten Interessengruppen ihre starke und konstruktive Stellung. Sie decken, entsprechend einem Durchschnittswert von aktuell 7,00 Punkten, alle wesentlichen gesellschaftlichen Anliegen ab und agieren kooperativ untereinander, auch wenn einigen Interessengruppen eine relativ dominante Rolle zukommt. Die zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationskräfte und ihre vernetzenden und vertrauensbildenden Aktivitäten, die der BTI im Indikator Sozialkapital erfasst, haben ebenfalls nicht an Stärke und Bedeutung eingebüßt. Die beträchtliche Anzahl autonomer, selbstorganisierter Gruppen, Vereine und Organisationen in Demokratien übernimmt häufig im Rahmen lokaler Selbsthilfe soziale Unterstützungsmaßnahmen, die der Staat nicht mehr leisten möchte oder kann, gerade in Zeiten sinkender Entwicklungszusammenarbeit und externer Finanzierungshilfe.

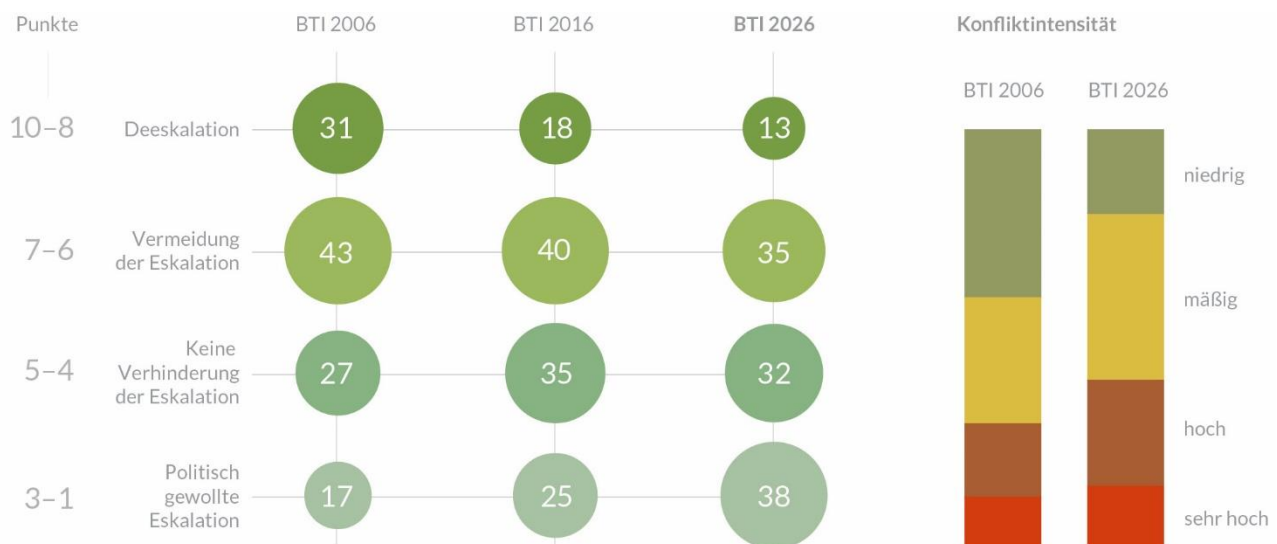
Steigende Konfliktintensität

Die potenziell konsensstiftende Ressource zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation bleibt in immer mehr Ländern ungenutzt. Dies trug dazu bei, dass Polarisierung und Konfliktintensität in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gestiegen sind. Auch wenn Bürgerkriege und grassierende Gewalt von Afghanistan über Haiti bis hin zu Äthiopien und Sudan es anders vermuten lassen, ist die Anzahl der seit 2006 erfassten Länder mit einer hohen oder sehr hohen Konfliktintensität (8-10 Punkte) nicht deutlich gestiegen, von 14 auf 17. Die Anzahl der Länder mit einer geringen oder relativ geringen Konfliktintensität (1-3 Punkte) hat sich jedoch halbiert, von 48 auf 24. Im Gegenzug sind Gesellschaft und politische Elite in immer mehr Ländern polarisiert. Konfrontative Mobilisierung ist in fast zwei Dritteln aller Länder ziemlich hoch oder hoch (4-7 Punkte), während dies vor zwei Jahrzehnten noch in nicht einmal in der Hälfte der Länder der Fall war.

Der Anstieg von Konfliktintensität ist nicht allein auf wachsende innergesellschaftliche Auseinandersetzungen, beispielsweise um knapper werdende Ressourcen oder aufgrund des wachsenden Einflusses religiöser Dogmen, zurückzuführen, sondern auch auf politische Polarisierung. So hat eine stetig steigende Anzahl von Regierungen kein Interesse daran, deeskalierend

auf gesellschaftliche Spaltungen entlang ethnischer, religiöser, sozialer oder politischer Konfliktlinien zu reagieren und betreibt aktiv deren Intensivierung. Vor 20 Jahren waren lediglich 44 von 118 Regierungen nicht fähig oder willens, eine Eskalation von Konflikten zu verhindern (4–5 Punkte) oder forcierten sie sogar (1–3 Punkte). Diese Zahl ist, bei gleichbleibendem Ländersample, auf 70 Regierungen angestiegen.

Schwächeres Konfliktmanagement, steigende Konfliktintensität



Anzahl der Länder pro Bewertungsspanne. Berücksichtigt sind lediglich die 118 seit dem BTI 2006 durchgehend untersuchten Länder.

Dieser Trend wird primär durch autoritäre Verhärtungen wie in Nicaragua und Myanmar, durch autoritäre Regimewechsel wie in Serbien und der Türkei und durch autoritäre Trends in Demokratien wie der Slowakei und Ungarn getrieben. Die Korrelation zwischen sinkendem politischen Transformationsstatus und schlechterem Konfliktmanagement ist ausgesprochen hoch. In 28 von 33 Ländern mit stark ausgeprägten politischen Transformationsrückschritten von mehr als einem vollen Punkt im Verlauf der letzten zehn Jahre verschlechterte sich auch das Konfliktmanagement der politischen Akteure.

Auch wenn Fälle erfolgreicher Konfliktentschärfung in den letzten Jahren selten waren, ist allerdings auf Länder wie Botswana, Costa Rica, die Mongolei oder Uruguay zu verweisen, die – im Gegensatz zu ihren stärker polarisierten Nachbarn in der Region – eine geringe Konfliktintensität bei nur mäßiger Polarisierung aufrechterhalten konnten. Oft wurde diese deeskalierende Resilienz durch eine konsensorientierte Politik, ein starkes Engagement der Zivilgesellschaft und eine Ausweitung sozialstaatlicher Maßnahmen gestützt.

Innenpolitische Repression, außenpolitische Konfrontation

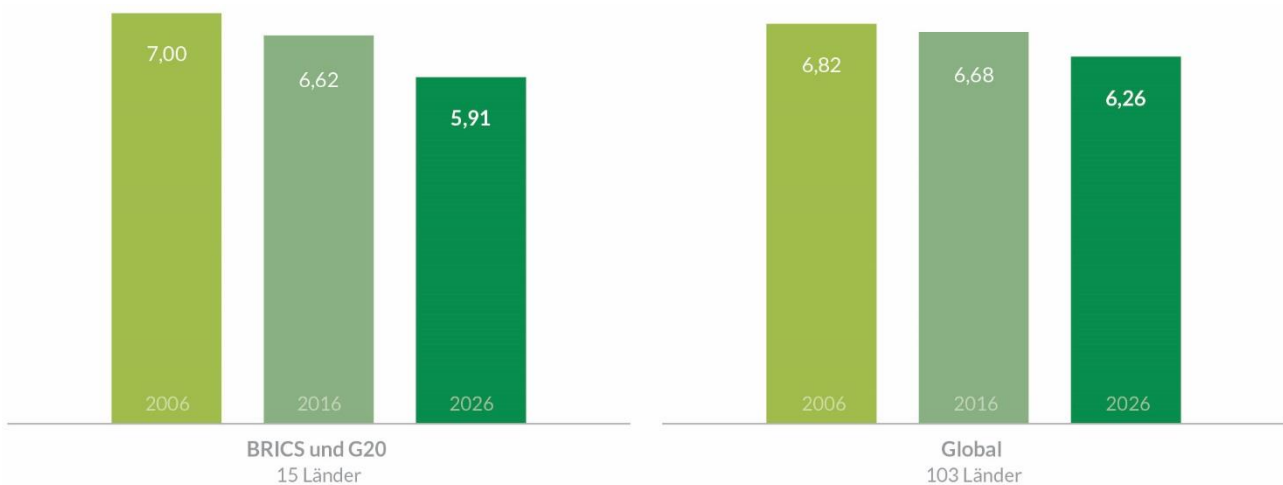
Die polarisierenden Politikmuster, die zu einem Anstieg der Konfliktintensität und zu einem deutlichen Rückgang an Bereitschaft und Fähigkeit zu einem effektiven Konfliktmanagement geführt haben, bleiben nicht auf die Innenpolitik beschränkt. Vielmehr zeigt sich, dass das heimische Nullsummenspiel, das Kompromisse vermeidet und Oppositionellen mit Repression begegnet, sich auch auf das außenpolitische Verhalten zahlreicher Regime überträgt. So sind die Länder, die am meisten an demokratischer Qualität eingebüßt haben, in der Regel diejenigen mit einer zunehmenden internen wie externen Konfrontationsstellung.

Regionale Zusammenarbeit ist zwar nach wie vor der am besten bewertete Governance-Indikator, gehört jedoch zu den Aspekten guten Regierens, die in den letzten 20 Jahren im globalen Durchschnitt um mehr als einen halben Punkt zurückgegangen sind und hat zudem aktuell die stärksten Verluste zu verzeichnen. Diese Entwicklung wurde insbesondere durch drei Entwicklungen forciert: zum einen zogen sich die unkooperativen und mit Sanktionen belegten Regime in Afghanistan und Venezuela noch stärker auch regional in eine isolierte Stellung zurück, zum zweiten kündigten die Regierungen in Nicaragua sowie in Burkina Faso, Mali und Niger regionale Kooperationen auf, erhielten sich aber durch die Zusammenarbeit im Zentralamerikanischen Integrationssystem oder untereinander in der Allianz der Sahelstaaten ein reduziertes Maß an regionaler Kooperation aufrecht, und zum dritten verringerten vormalige Befürworter regionaler Integration wie Argentinien und die Slowakei ihr Engagement zugunsten einer stärker auf bilaterale Kooperation mit den USA beziehungsweise mit Russland ausgelegten Haltung, die die jeweilige regionale Organisation belastete.

Schwere Einbußen an Glaubwürdigkeit, als verlässlicher und vertragstreuer Partner zu agieren, tragen zu einer konfliktiveren Entwicklung bei. In den letzten zehn Jahren haben sich die zunehmend aggressiv operierenden Staaten Belarus und Russland, die Militärregimes in Mali und Myanmar und das Huthi-Regime im Jemen vermehrt geweigert, die mit regionalen und internationalen Organisationen vereinbarten Regeln und Verträge einzuhalten. Auch ehemals kooperative Protagonisten internationaler Zusammenarbeit wie Mexiko, Mosambik und Ungarn haben schon seit Längerem an internationaler Glaubwürdigkeit verloren.

Der deutliche Rückgang an Glaubwürdigkeit und Kooperationsbereitschaft schließt viele der wirtschaftlich mächtigsten und politisch einflussreichsten Länder im BTI ein, die Mitglieder der G20 oder der BRICS oder beider Organisationen sind. Obwohl eine verbesserte internationale Zusammenarbeit erklärtes Ziel beider Organisationen ist, konnten von den 15 im BTI untersuchten Mitgliedstaaten dieser beiden Organisationen nur Indonesien und die Vereinigten Arabischen Emirate das bereits vor 20 Jahren erreichte hohe Niveau an Glaubwürdigkeit und Zusammenarbeit aufrechterhalten oder verbessern.

Rückgang internationaler Kooperation – vor allem in BRICS und G20



Berücksichtigt sind lediglich die 118 seit dem BTI 2006 durchgehend untersuchten Länder.

Vor 20 Jahren lag die durchschnittliche Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit der 15 Länder deutlich über dem globalen Durchschnitt, ebenso wie ihre Fähigkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Heute liegen die selbsterklärten Förderer von internationaler Zusammenarbeit mehrheitlich ebenso deutlich unter dem globalen Durchschnitt. Dies ist kein gutes Zeichen für die Zukunft eines konstruktiven und kooperativen Multilateralismus.

Auch angesichts der zunehmend disruptiven internationalen Rolle der USA wird es künftig noch anspruchsvoller werden, politische Verständigung zu erzielen und tragfähige demokratische Bündnisse zu formen. Die bisherige multilaterale und regelbasierte internationale Ordnung ist durch Großmachtpolitik, die wirtschaftliche Verflechtung geopolitisch instrumentalisiert, so stark beschädigt, dass sie hierfür keinen Ankerpunkt mehr bietet. Stattdessen verschafft die neue geopolitische Unübersichtlichkeit einigen transaktional handelnden Akteuren Vorteile und setzt Anreize für Alleingänge und bilaterale Absprachen. Um kooperative Strukturen, die weiterhin auf Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und verlässlichen Regeln basieren, zu erhalten oder neu zu schaffen, müssen Abhängigkeiten diversifiziert und strategische Autonomie in funktionaler Zusammenarbeit unter Vertrauenspartnern gestärkt werden.

Erneut zeigen die Governance-Ergebnisse des BTI 2026, dass leistungsfähiger und verantwortungsvoller Regierungsführung auch international eine Schlüsselrolle zukommt, wie die aktive Rolle Brasiliens und Polens im internationalen Klimaschutz und in regionaler Zusammenarbeit belegt. Sie ist auf internationaler Ebene ebenso Voraussetzung für kooperative und friedliche Antworten auf globale Herausforderungen, wie sie auf nationaler Ebene die zentrale Grundlage für rechtsstaatliche und partizipativ gestaltete politische Prozesse und die Ausgestaltung leistungsfähiger, gerechter und inklusiver Wirtschaftsentwicklung ist.

Instabile Wirtschaftsentwicklung

Der globale Wirtschaftstrend im BTI 2026 signalisiert eine leichte Erholung. Diese ist jedoch vor dem Hintergrund der abrupten Polykrise rund um COVID und der russischen Invasion in der Ukraine zu betrachten, welche signifikante wirtschaftliche Einbrüche in fast allen Messbereichen des BTI zur Folge hatten. Die Erholung, welche sich vorwiegend im Bereich der Makroindikatoren bemerkbar macht, trägt allerdings nicht zwangsläufig zu einer wirtschaftlichen Transformation hin zu einer sozialpolitisch flankierten Marktwirtschaft bei. Dies hat zwei Gründe.

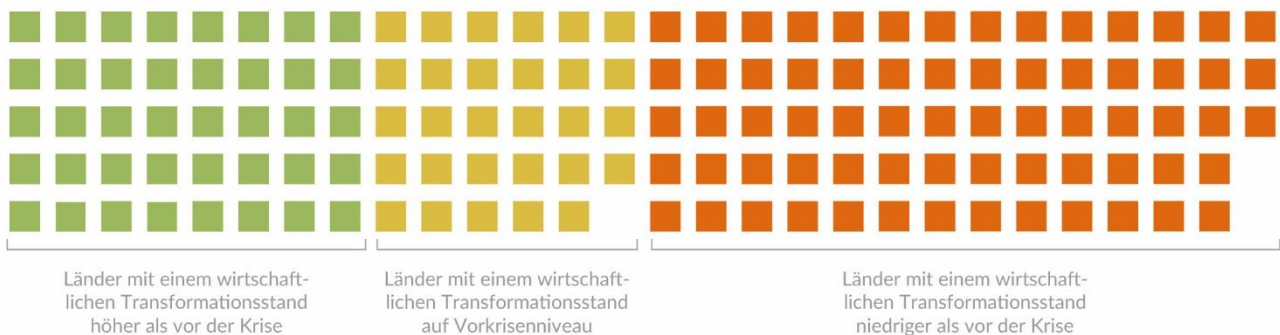
Zum einen ist die wirtschaftliche Transformation, wie im BTI analysiert, nicht lediglich auf die Makrostabilität der einzelnen Länder zurückzuführen. Der BTI verbindet ökonomische, soziale und ökologische Faktoren und macht zudem Aussagen zur Freiheit und Fairness von Wirtschaftsordnungen. Während im ökonomischen Bereich der Trend entweder nach oben zeigt oder auf gleichem Niveau stagniert, werden in den sozialen und ökologischen Bereichen einige Einbußen verbucht. Interessant ist hier, dass diese Einbußen am sichtbarsten in den Wirtschaftsordnungen werden, die makroökonomische Fortschritte in den Indikatoren Geldwert- und Finanzstabilität und wirtschaftliche Leistungsstärke verzeichnen konnten.

Der zweite Grund ist, dass strukturelle Probleme wie soziale Ungleichheit, Nepotismus und wirtschaftliche Exklusion in vielen Regionen bestehen bleiben. Die auf wirtschaftliche Resilienz ausgelegte Austeritätspolitik vieler Staaten vergrößert diese strukturellen Probleme und führt vielerorts zu Massenprotesten, welche sich unter anderem aus wirtschaftlicher Misere und Perspektivlosigkeit entwickeln. Eine kurzfristige Stabilisierung der Wirtschaft bedeutet nicht gleich Transformation.

Stabilisierung ohne Transformation

Auch wenn sich die Geldwert- und Fiskalstabilität sowie die wirtschaftliche Leistungsstärke in vielen Ländern durch Inflationssenkungen, Schuldentilgung und Anpassung der Preisstabilität moderat erhöht haben, ist in nahezu 50% der untersuchten Länder noch nicht das im BTI 2020 gemessene Vorkrisenniveau im wirtschaftlichen Transformationsstatus erreicht. Im globalen Trend sind es in diesem Erhebungszeitraum bei der Geldwert- und Fiskalstabilität 45 Länder, die auf- bzw. 22 Länder, die abgewertet werden.

Schleppende Wirtschaftserholung



Die Hälfte der Länder hat den wirtschaftlichen Transformationsstand von 2020 noch nicht wieder erreicht.

Eine erfolgreiche Stabilisierung der Makroindikatoren ohne strukturelle Stabilisierung illustriert im BTI 2026 eindrücklich das Beispiel Argentinien. Mit dem Ziel, die bei jährlich rund 200% liegende Inflation in Argentinien zu reduzieren, war die Währungsabwertung eines der wichtigsten Mittel der Milei-Regierung, welche Ende 2023 ins Amt kam. Die Maßnahme zeigte schnell Wirkung: nur ein Jahr später lag die monatliche Inflationsrate bei 2,7% – im Vergleich zu 25,5% im Vorjahr. Diese Abwertung und entsprechende fiskalpolitische Schritte haben hiermit eine gewisse Erwartungssicherheit geschaffen, auf die sich die Wirtschaft einstellen konnte. Die Indikatoren Geldwert- und Fiskalstabilität wurden für Argentinien dementsprechend im Erhebungszeitraum von vier auf sieben Punkte aufgewertet. Die Drastik des staatlichen Eingriffs offenbart zugleich zum einen die institutionelle Abhängigkeit der Zentralbank von der Regierung und zum anderen die Unfähigkeit der Institution, eigenhändig die Inflationsrate zu senken.

Umgekehrt erfuhr Kolumbien die stärkste Abwertung im Indikator Fiskalstabilität (-3), da sich die Regierung Petro mit ihren ambitionierten Budgetplänen für die Sozialhilfe zunächst nicht im Kongress durchsetzen und diese dann per Dekret beschließen musste. Die klaffende Lücke zwischen den anvisierten Ausgaben und nicht hinreichender Steuerpolitik lösten eine Budgetkrise aus. Diese überdehnte Haushaltspolitik der kolumbianischen Regierung steht nun auf einem Bewertungslevel mit Ungarn, dem Senegal und Belarus. Bolivien verliert, genau wie im BTI 2024, wieder zwei Punkte im Indikator Geldwertstabilität. Der Hauptgrund für diesen anhaltenden Negativtrend ist im Wesentlichen die Erschöpfung der Gasreserven Boliviens, welche beinahe 50% des gesamten Exports und einen bedeutenden Teil der Staatseinnahmen ausgemacht haben. Die Zentralbank griff im vergangenen Jahrzehnt auf die Dollarreserven zurück, welche bis Ende 2023 beinahe ausgeschöpft waren. Externe Kredite und Geldschöpfungsmaßnahmen trieben die Inflation in die Höhe.

Speziell in der Region Asien und Ozeanien hat sich die Geldwert- und Fiskalstabilität im Erhebungszeitraum verbessert (+0,27 und +0,23 Punkte). Ein Land wie Indien (+1), in dem traditionell mehr konsumiert als produziert wird und damit ein Leistungsbilanzdefizit aufgebaut wird, zeichnet sich überraschend durch starke Exporteinnahmen und Steueranpassungen aus. Andere Länder wie Sri Lanka (+2), die Philippinen oder Pakistan (beide jeweils +1) greifen abseits ihrer Steuermaßnahmen auf externe Rettungskredite zurück. Beide Maßnahmen sind Bemühungen stabiler Haushaltspolitik, letztere schafft jedoch Kreditabhängigkeit zur Finanzierung der Ausgaben und birgt Risiken für langfristige Stabilität.

Langfristig ist jedoch noch kein Aufwärtstrend in der Geldwert- und Fiskalstabilität zu erkennen. Alle Länderbeispiele weisen seit 2016 fluktuierende Werte und keine langanhaltenden Verbesserungen auf, was auf eine Abhängigkeit von externen Krediten oder ineffiziente Steuerpolitik schließen lässt. Hervorzuheben ist allerdings die erfolgreiche Geldwertpolitik der philippinischen Zentralbank (9 Punkte), die eine flexible, auf Inflationsrisiken und Wachstumsentwicklung abgestimmte Zinspolitik mit einem aktiven Wechselkursmanagement und einer funktionierenden Liquiditätssteuerung verband.

Singapur und Thailand sind die einzigen Autokratien in der Region, die konstant ein gesundes Niveau im Verhältnis zwischen fiskalpolitischen Maßnahmen der Regierung und eines gradlinigen institutionellen Kurses mit dem Ziel der wirtschaftlichen Stabilität vorweisen können. Beide Länder liegen bei den Indikatoren der Geldwert- und Fiskalstabilität seit 10 Jahren bei mindestens acht Punkten.

Ökonomische Stärke jenseits politischer Systeme

Im BTI lassen sich in keinem anderen Wirtschaftsindikator so geringe Unterschiede zwischen Demokratien und Autokratien feststellen, wie beim Indikator Wirtschaftliche Leistungsstärke, auch wenn die durchschnittliche Differenz nach Regimetyp auch hier noch immer stattliche 1,58 Punkte beträgt. Das globale Ranking des BTI 2026 zeigt Slowenien als einziges Land mit 10 Punkten und einer sehr starken Wirtschaftsstabilität. Besonders der Erfolg, die Inflationsrate von 7,2% im Jahr 2023 auf 2% im Jahr 2024 zu senken, schaffte ein angenehmes Klima für Konsumkraft und Investitionen.

Während sich im oberen Bereich des Spektrums (8–10 Punkte) 24 Länder befinden, von denen 18 demokratisch regiert werden, sind mit Singapur, Vietnam, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten (alle 9 Punkte), Kuwait und Saudi-Arabien (beide 8 Punkte) auch sechs Autokratien unter den Top Performern. Hier sind es besonders die arabischen Golfstaaten, die auf dem Rücken ihrer Ölexporte kontinuierliches Wachstum erzielen. Die VAE haben es jedoch geschafft, beinahe 70% der Staatseinnahmen abseits des Ölsektors zu beziehen. Besonders die Tourismus- und Baubranchen verzeichnen hohe Beschäftigungsquoten. Saudi-Arabien, als stärkste Wirtschaftsmacht der Region, versucht seine Wirtschaft im Rahmen seiner Vision 2030 weiter zu diversifizieren und die Abhängigkeit vom fluktuierenden globalen Ölhandel zu verringern. Der Internationale Währungsfonds (IWF) traut dem Königreich in den nächsten Jahren sogar ein Wirtschaftswachstum von 4–5% zu und unterstreicht damit das internationale Vertrauen in die saudische ökonomische Leistungsstärke.

Neun Länder der 20 Top Performer des Indikators Wirtschaftliche Leistungsstärke sind aus der Region Ostmittel- und Südosteuropa und sind allesamt Demokratien. Dementsprechend liegt die Region im globalen Trendvergleich bei 7,71 Punkten und damit einer im regionalen Durchschnitt um 0,30 Punkte verbesserten Bewertung.

Neben Slowenien als Top Performer ist Polen mit neun Punkten eines der Länder mit dem höchsten Punktwert in diesem Indikator. 2024 konnte das Land hohe Wachstumsraten der Wirtschaft von 3% verzeichnen, was auf soliden Binnenkonsum, hohes Verbrauchervertrauen und eine relativ niedrige Arbeitslosenquote von ca. 5% zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union liegt in den Jahren 2023 bis 2025 durchschnittlich bei etwa 6%. Allerdings stellt der russische Angriffskrieg Polen vor langfristige Herausforderungen in den Bereichen Migration, Sicherheit, Energie und im Importmarkt.

In der Region Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien sind es vor allem die Profiteure des Krieges, die wirtschaftliche Gewinne verbuchen können. Auch wenn die Wirtschaft in Belarus größtenteils staatlich reguliert wird, verzeichnet das Land durch seine Wachstumsraten im industriellen Sektor ein Wirtschaftswachstum von 4% im Jahr 2024.

Russland, das durch Sanktionen der EU und den USA weiterhin vor wirtschaftlichen Herausforderungen steht, versucht dies mit intensiveren Handelsbeziehungen nach China und dem globalen Süden, vor allem nach Indien und Zentralasien, zu kompensieren. Nach den sanktionsbedingten Verlusten im BTI 2024 verhalf diese Umorientierung wieder zu minimalen Fortschritten im wirtschaftlichen Leistungsniveau (+1). Das Wirtschaftswachstum in Ländern wie Armenien (+1), Georgien und Kirgisistan (+1) ist eng mit dem in Russland verbunden. Sie profitieren von den Russlandsanktionen bspw. in Form von Zuwanderung, Humankapital oder industriellen Import- und Exportmöglichkeiten.

Moldau bleibt sowohl politisch als auch wirtschaftlich beeinflusst vom Krieg in der Ukraine. Während vor dem Krieg konstante Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) verbucht wurden, gab es im Jahr 2022 einen Einbruch von 5,9% im Vergleich zum Vorjahr. Es bleibt abzuwarten, ob die Kriegsökonomie Russland und den Profiteuren langfristig einen stabilen Schutz vor Inflationsdruck bieten kann.

Die leichte Erholung der volkswirtschaftlichen Leistungsstärke nach dem schweren, durch die Coronapandemie bedingten Einbruch, hat sich fortgesetzt. Mittlerweile bewegt sich die Performanz von 54 Volkswirtschaften wieder auf dem vor der Pandemie innegehabten Level, 27 Ökonomien übertreffen es sogar. Im Umkehrschluss allerdings haben gut 40% aller untersuchten Volkswirtschaften die im BTI 2020 gemessene Leistungsstärke aus unterschiedlichsten Gründen noch nicht wiedererlangt, insbesondere das heruntergewirtschaftete Myanmar und die kriegsverwüstete Ukraine.

Zwischen Regulierung und Machtlogik

Die Etablierung einer sozialen und nachhaltigen Marktwirtschaft ist kein mehrheitlich erkennbares Transformationsziel mehr. In vielen Ländern geht die Erosion der Demokratie einher mit einer Erosion des wirtschaftlichen Konsenses. Die Grenze zwischen Staat und Wirtschaft verschwimmt nicht nur durch Begünstigungen und Regelverletzungen im Zuge politischer Regression, sondern auch durch die systematische Staatsvereinnahmung durch wirtschaftliche Eliten. Viel mehr zählt hier die Aufrechterhaltung eines korrupten Patronagesystems, das weder freien noch fairen Wettbewerb erlaubt und strukturelle Probleme wie innerstaatliche Ungleichheit und Exklusion nur noch verstärkt.

Der BTI bewertet den ordnungspolitischen Wirtschaftsrahmen auf Basis von ökonomischen und sozialen Indikatoren: Marktorganisation, Wettbewerbspolitik, Privatwirtschaft, Eigentumsrechte und Chancengleichheit. In den letzten zehn Jahren sind im globalen Durchschnitt bei allen

fünf Indikatoren keine signifikanten Verbesserungen zu verzeichnen. In 76 von 137 Ländern sind Marktteilnehmer tendenziell unterschiedlichen Regelsetzungen ausgesetzt und der informelle Sektor spielt eine große Rolle. Besonders ausgeprägt ist dies in den Regionen West- und Zentralafrika und im Südlichen und Östlichen Afrika. Hier sind es lediglich Côte d'Ivoire, Ghana und Mauritius sowie Botswana und Südafrika, die über diesem Niveau liegen.

Südafrika, als größte Volkswirtschaft Afrikas gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) (2024: USD 401 Mrd.), weist einen privaten Sektor auf, der immer noch mit historisch gewachsenen Strukturen aus der Apartheid-Zeit zu kämpfen hat und in dem einige wenige Unternehmen große Anteile an Medien, dem Banken- und Versicherungssektor sowie dem Bergbausektor kontrollieren. Die Privatwirtschaft fördert die ANC-Regierung beispielsweise durch mehr Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Partnerschaften (PPP). Gleichzeitig hat das Bankensystem an Transparenz gewonnen, indem Finanzkriminalität und Geldwäsche effizienter geahndet werden. In beiden Indikatoren hat Südafrika eine Aufwertung (+1) erfahren und steht nun auf einem Niveau mit Ländern wie Albanien, Mexiko oder der Türkei, wo rechtliche Schutzmaßnahmen im Bereich für Privatunternehmen oder die Aufsicht des Bankensystem oft noch unzureichend sind.

Trotz großer Volkswirtschaft (BIP 2024: US-Dollar 252 Mrd.) erreicht Nigeria seit 2008 kein höheres Niveau als fünf Punkte im Indikator Marktorganisation. Die Regierung von Präsident Bola Tinubu schafft durch ihre wirtschaftspolitischen Ansätze wie die Bildung frei schwankender Wechselkurse, welche sich an Marktangebot und -nachfrage anlehnen, einen Nährboden für liberale Wirtschaftspolitik. Allerdings wird die Wirtschaft noch immer zu sehr vom Klientelismus, vor allem in den einzelnen Bundesstaaten, beherrscht. Dies zeigt sich in der Intransparenz der öffentlichen Auftragsvergabe und der Erteilung von Lizenzen. Über 90% der Arbeitskräfte in Nigeria arbeiten dazu im informellen Sektor. Diese langjährige Stagnation aufgrund von klientelistischen Strukturen findet sich auch in anderen autokratisch regierten Ländern in Afrika wie Benin, Togo, Mali, Ruanda oder auch im demokratischen Kenia.

Unfairer Wettbewerb bringt weniger Leistungsstärke

Auch wenn in der Wettbewerbspolitik klientelistische Strukturen oft eine einflussreiche Rolle spielen, zeigt der globale Trend ein ausgeglichenes Bild, wenn es darum geht, den Wettbewerb durch geeignete politische Regelsetzungen aufrecht zu erhalten. Im BTI 2026 stehen 71 Länder mit minimaler Prävention monopolistischer Strukturen 66 Ländern mit mindestens gesetzlich festgelegten und zum größten Teil umgesetzten antimonopolistischen Regelungen gegenüber.

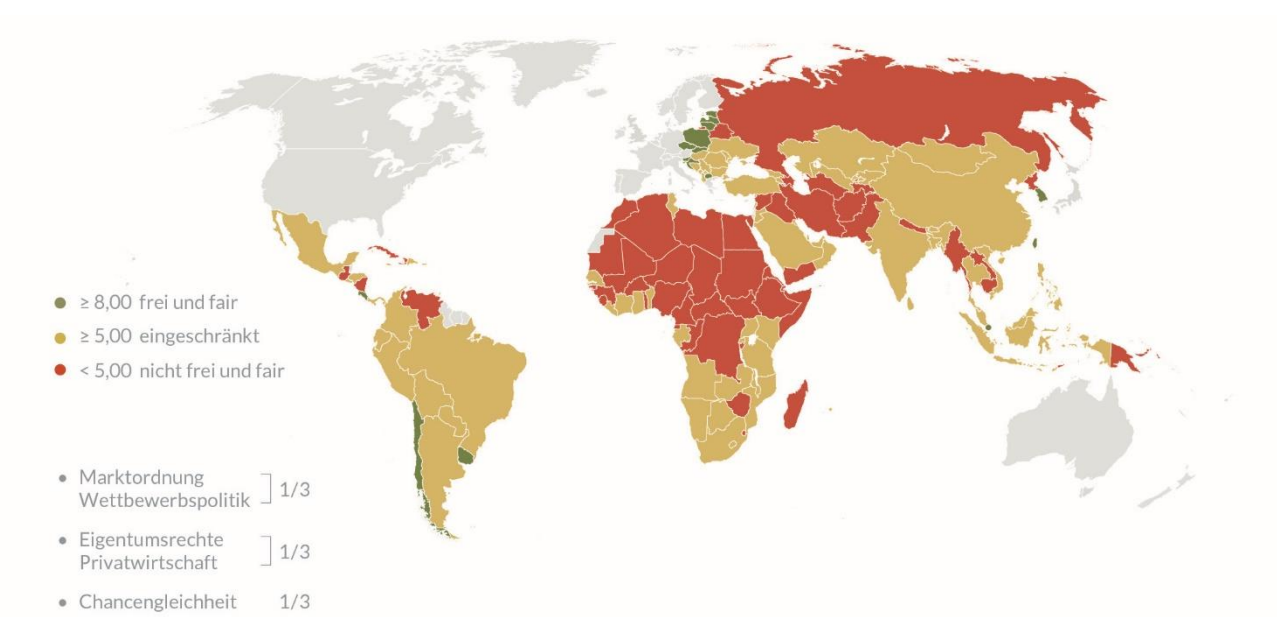
Der globale Durchschnittswert gemessen ab dem BTI 2006 liegt auf einem konstanten Niveau zwischen 5,28 und 5,42 mit einem Wert von 5,39 im BTI 2026. Lediglich 16 Demokratien befinden sich im BTI 2026 in der unteren Hälfte des Spektrums (1–5 Punkte). Darunter sind für Korruption anfällige demokratische Staaten mit fragwürdiger Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden wie Lesotho (3 Punkte), Paraguay und Ghana (jeweils 5 Punkte); Staaten mit ineffektiven Umsetzungsverfahren für Wettbewerbsrecht wie Jamaika und die Philippinen (jeweils 5 Punkte); oder Länder, in denen staatliche Unternehmen die Wirtschaft dominieren, wie in Indonesien (5 Punkte).

Umgekehrt befinden sich nur 21 Autokratien in der oberen Hälfte des Spektrums (6–10 Punkte). Singapur und Jordanien führen mit neun bzw. acht Punkten diese Liste an. Darunter finden sich die arabischen Golfstaaten Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie die Türkei (je-

weils 7 Punkte), die zwar operativ entlang des EU-Kartellrechts aufgestellt ist, deren Wettbewerbsbehörden aber in hoher Abhängigkeit zu Präsident Erdoğan stehen. Ähnlich werden in China (7 Punkte) Anti-Monopolgesetze durch die Staatliche Verwaltung für Marktregulierung (SAMR) umgesetzt – diese orientiert sich an den Agenden und politischen Ambitionen der Kommunistischen Partei Chinas.

Die Regimeverteilung innerhalb dieser Ländergruppen illustriert, wie stark eingeschränkte politische Freiheiten und mangelnde wirtschaftliche Fairness miteinander korrelieren. Hier sind es insgesamt 52 Länder mit unfreien und unfairen Wirtschaftsregimen. Darunter finden sich mit Nepal, Sierra Leone und Timor-Leste lediglich drei demokratisch regierte Staaten. Besonders auffallend sind in dieser Kategorie große Volkswirtschaften wie Russland oder regionale Schwergewichte wie Ägypten, Nigeria oder Algerien. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt 2024 stehen Russland mit US-Dollar 2,17 Bio., Ägypten (US-Dollar 389 Mrd.), Nigeria (US-Dollar 252 Mrd.) oder Algerien (US-Dollar 269 Mrd.) verhältnismäßig weit oben. Die Betrachtung dieser Grafik macht allerdings deutlich, dass diese Wirtschaftsregime durch die unfreie und unfaire Ordnung auf einem fragilen Unterbau stehen, der keine resiliente Wirtschaftspolitik ermöglicht. Umgekehrt ist unter den 15 Ländern mit nahezu uneingeschränkter wirtschaftlicher Freiheit und Fairness Singapur die einzige Autokratie.

Eingeschränkte Freiheit und Fairness der wirtschaftlichen Transformation



In demokratischen Staaten sind die Rahmenbedingungen für freien und fairen Wettbewerb, das Recht auf Privateigentum, Erwerb und die Nutzung von Eigentum verfassungsrechtlich geschützt. In autokratisch regierten Ländern gibt es zwar oft eine rechtliche Grundlage, werden die Regulierungsinstrumente werden aber so ausgelegt, dass das Interesse der Exekutive oder gar des Staatsoberhauptes vertreten und nur politisch-gestützte Sektoren profitieren, wie die Beispiele China und Türkei zeigen.

Als komplementäre Bausteine sind ein freier und fairer Wettbewerb sowie Eigentumsrechte essenziell, um wirtschaftliche Aktivität in reale Wertschöpfung umzusetzen. Während ohne Wettbewerb Produktivität stagniert und schwache Eigentumsrechte die informelle Wirtschaft begünstigen, ist die volkswirtschaftliche Leistungsstärke kein isolierter Faktor, sondern ein Resultat geeigneter Rahmenbedingungen.

Im BTI 2026 zeigt sich ein Kontrast in der volkswirtschaftlichen Leistungsstärke zwischen Ländern, in denen Marktordnung und Rechtssicherheit gemeinsam wirken und jenen, wo beide nicht zusammenwirken. In 25 Ländern, darunter ausschließlich Autokratien wie Laos, Pakistan und Simbabwe oder höchst repressive Regime wie der Iran oder Kuba, werden alle drei Indikatoren mit vier oder weniger Punkten bewertet. Im Gegensatz dazu haben 27 Länder jeweils sieben oder mehr Punkte. Unter diesen Ländern befinden sich lediglich die drei Autokratien Singapur, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate.

In vielen Autokratien herrscht demnach in der Regel weniger bis keine regulatorische Absicherung des Wettbewerbs und der Eigentumsrechte. Dies behaftet den Kern der Funktionalität der Marktwirtschaft, und die gesamtwirtschaftliche Transformation ist von hoher Unsicherheit geprägt, da keine Rechtssicherheit herrscht. Zwangsläufig führt dieser unfaire Wettbewerb zu geringeren Investitionen, einem wachsenden informellen Sektor und einer Monopolbildung durch die Dominanz elitärer Akteure.

Ungleiche Regelungsetzung

Richtlinien entlang einer sozialpolitisch flankierten Marktwirtschaft führen zu mehr Chancengleichheit. Tief verwurzelte Diskriminierungsstrukturen ändern sich allerdings nur langsam. Deshalb sind Schwankungen hinsichtlich des Ausmaßes, in dem Frauen oder Angehörige ethnischer, religiöser und anderer Gruppen in ihrem Zugang zu Bildung, öffentlichen Ämtern und Beschäftigung eingeschränkt sind, in der Regel nicht ausgeprägt. Der globale Durchschnitt im BTI liegt seit Jahren bei etwa fünf Punkten, was bedeutet, dass Chancengleichheit im Allgemeinen nicht erreicht ist und dass gesetzliche Bestimmungen gegen Diskriminierung zwar vorhanden sind, aber unzureichend implementiert werden.

Es gibt jedoch einige Ausnahmen dieser Stagnation. Zu den Ländern, die im Verlauf der letzten zwanzig Jahre mehr Chancengleichheit anvisiert und hinreichend umgesetzt haben (7 Punkte oder mehr), gehören Albanien (+2 Punkte), Chile (+2 Punkte) und Moldau (+4 Punkte). Auch wenn trotz großer Fortschritte Minderheiten in der Bevölkerung noch immer mit einem sozialen Stigma behaftet sind, sticht die Republik Moldau durch Geschlechterparität bei Einschreibungsquoten in primärer und sekundärer Bildung hervor. Bei tertiärer Bildung gibt es sogar ein Verhältnis 3 zu 1. In den Bereichen Politik und Wirtschaft gab es deutliche Fortschritte bezüglich der weiblichen Besetzung öffentlicher Ämter und in der Gründungsdynamik. Frauen leiteten 2024 34,2% aller Unternehmen in Moldau.

Die Regierungen in Albanien und Chile haben entschlossene Anstrengungen unternommen, um mit traditionellen Diskriminierungsmustern zu brechen. Chile hat durch eine Wahlreform eine Steigerung des Frauenanteils im Parlament um 20% erzielen können. Besonders indigene Menschen sind in Chile allerdings bei der Beschäftigungsquote, im Bildungssektor und in der Einkommensparität weit abgeschlagen. Ein Muster, welches sich in einigen Ländern Lateinamerikas zeigt.

Gleichzeitig weisen Länder, die vor zwei Jahrzehnten noch zu den am wenigsten diskriminierenden gehörten, wie Bulgarien (-2 Punkte), Kuba (-3 Punkte), Rumänien (-2 Punkte) und Ungarn (-3 Punkte), heute eher ausgrenzende Muster auf, die die Chancengleichheit entscheidend einschränken. Dies ist auf die ausgeprägtere Diskriminierung von ethnischen Minderheiten in Osteuropa sowie auf die zunehmende ökonomische Stratifizierung entlang ethnischer Grenzen in Kuba zurückzuführen. Unter dem Strich erweist sich die Vorgehensweise der jeweiligen Regierung als wesentlicher Faktor für die Überwindung diskriminierender Muster – oder für deren Verstärkung.

Wirtschaft und Sozialstaat

Anders als demokratisch regierte Staaten zeigen Autokratien durch Herrschaftsstrukturen, die der Selbstbereicherung dienen, nicht nur die Tendenz zur wirtschaftlichen Ineffizienz. Der starke Fokus auf Partikularinteressen schafft zudem ein bewusst unfair gestaltetes Wirtschaftssystem, was schwache soziale Sicherungssysteme hervorbringt.

Der Ausbau von staatlich finanzierten Sozialsystemen in Form von einem funktionierenden Gesundheitswesen, finanziellem Ausgleich im Alter, bei Krankheit oder Behinderung und Armutsbekämpfung ist nicht nur eine Frage der Prioritätensetzung der Regierung oder der finanziellen Sicherheit der Bevölkerung. Der globale Durchschnittswert stagniert seit 20 Jahren bei etwa fünf Punkten und entspricht einem Sozialstaat, dessen Leistungen oft nur auf formell Beschäftigte und Staatsbedienstete beschränkt sind, einen begrenzten Versicherungsschutz bietet und unterfinanziert ist. Auch Ineffizienz und Korruption spielen hier eine Rolle.

In 59 Ländern sind die sozialen Sicherheitsnetze rudimentär und decken nur wenige Risiken für eine begrenzte Zahl von Leistungsempfängern ab (≤ 4 Punkte). Besonders in den Regionen Südliches und Östliches Afrika und West- und Zentralafrika stagniert der Langzeittrend. Unabhängig von Regimetypen stehen 64% der Länder im Südlichen und Östlichen Afrika (14 von 22) bzw. 80% in West- und Zentralafrika (19 von 22) auf vier oder weniger Punkten und weisen ein niedriges Niveau sozialer Absicherung auf. Zum Vergleich sah dieses Bild 2014 beinahe identisch aus, was auf das langfristige Fehlen von sozialer Prioritätensetzung oder die Unüberwindbarkeit struktureller Probleme im Ausbau des Sozialstaats hindeuten lässt.

Im Verhältnis von demokratischen und autokratischen Staaten lassen sich auch klare Trennlinien erkennen. In den meisten Autokratien sind die Regierungen sozialpolitisch weniger engagiert, was auf die Aufrechterhaltung des ungleichen Status Quo zurückzuführen ist. Unter den 33 Ländern, die einen gut ausgebauten Sozialstaat haben (≥ 7 Punkte), befinden sich zehn Autokratien – Singapur, Algerien, Bahrain, Jordanien, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Serbien, die Türkei und die Emirate.

Abgesehen vom umfassenden Gesundheits- und Rentensystem in Serbien, welches allerdings durch wenig Priorisierung der Regierung zu erodieren beginnt, sind die übrigen Sozialsysteme dieser Autokratien allesamt von Ungleichheiten geprägt. Besonders in Singapur und den arabischen Golfstaaten gibt es bedeutende Unterschiede zwischen den Bevölkerungsschichten, beispielsweise in Bezug auf ausländische Arbeitskräfte, die im Sozialstaat kaum oder gar nicht integriert werden. In Algerien ist das Sozialwesen abseits der Prävention von Wirtschaftsrisiken von staatlichen Subventionen auf beispielsweise Kraftstoff, Strom und Gas geprägt. Dies vergrößert die Kluft zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung noch weiter, da infrastrukturell isolierte Gegenden oft nicht von Subventionen profitieren können.

Weniger Teilhabe durch strukturelle Exklusion

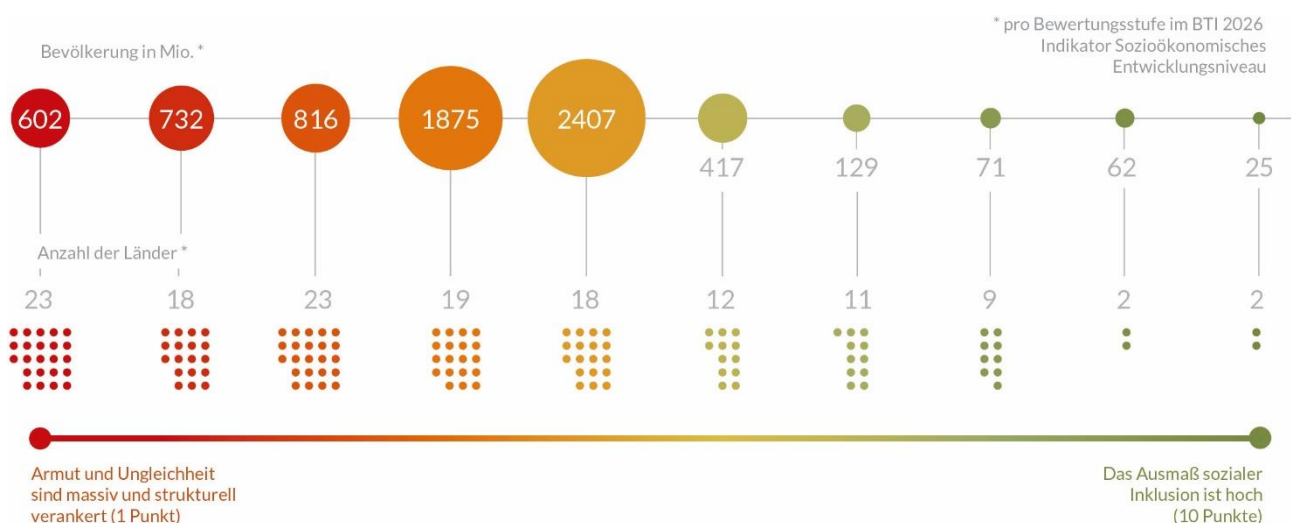
Durch eine unzureichende Bekämpfung von Ungleichheit und Armut tragen schwache soziale Sicherungssysteme zur Verfestigung von struktureller Ausgrenzung bei. Dadurch werden, auch in institutionell hinlänglich funktionierenden Marktwirtschaften wie Benin, Tansania oder den Philippinen, gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten begrenzt. Dies steigert nicht nur die sozialen Risiken des Einzelnen, sondern macht die gesamte Wirtschaft durch die Exklusion breiter Bevölkerungsteile langfristig instabiler.

Der Langzeittrend der letzten 20 Jahre zeigt, dass das sozioökonomische Entwicklungsniveau weltweit kontinuierlich weiter sinkt. Der Durchschnittswert spiegelt den Anstieg von sozialer Ungleichheit wider, während die Armutsreduktion nach Zwischenerfolgen in den 2010er Jahren durch die Pandemie, Inflationsschocks und Konflikte prompt gestoppt wurde. Hier stehen 21 Länder, die sich verbessern konnten, 42 Ländern mit Negativtrends gegenüber. In 16 Ländern gab es sogar Verschlechterungen von zwei oder mehr Punkten.

In der Regel bleiben Länder wie Slowenien, Taiwan, Tschechien oder Südkorea langfristig auf einem sehr hohen Niveau, während andere Länder auf einem weit unterdurchschnittlichen Niveau verharren. Außen vor sind hier höchst repressive Regime wie Turkmenistan und Nordkorea oder zerfallende Staaten wie Haiti, der Südsudan oder Jemen, in denen Armut und Ungleichheit strukturell verankert ist. Botswana, Bolivien, Ghana, Indien und 15 weitere Staaten liegen auf dem derzeitigen globalen Durchschnittswert von 4,04 Punkten und repräsentieren damit eine Gruppe von Ländern, in denen Ungleichheit und Armut ausgeprägt ist.

Diese Stagnation auf niedrigem Niveau kann bedeuten, dass die Prioritätensetzung nicht langfristig auf soziale Sicherung abzielt. Madagaskar illustriert anschaulich die Diskrepanz zwischen wirtschaftlichen Möglichkeiten und sozioökonomischen Realitäten in einem repressiven Regime. Während die Wirtschaftsleistung in dem rohstoffreichen Land vorwiegend an die Bergbau- und Textilindustrie gekoppelt ist und damit auf einem Niveau (5 Punkte) mit Russland und Thailand steht, liegt die Armutsrate im Land bei über 80%. Das sozioökonomische Entwicklungsniveau entspricht dem von zerfallenden Staaten wie dem Jemen oder Haiti (1 Punkt).

Andauernde soziale Ausgrenzung



Der Human Development Index, der eine Kombination aus Lebenserwartung, Bildung und ökonomischer Ungleichheit in einem Land messbar macht, setzt Madagaskar (2024: 0,478) mit einer Lebenserwartung von knapp 63 Jahren und einem Durchschnitt von 4,6 Bildungsjahren ebenfalls mit dem Jemen (2024: 0,470) gleich. Der globale Durchschnittswert beträgt 2024 0,756 mit einer Lebenserwartung von knapp 74 Jahren und im Durchschnitt 8,8 Bildungsjahren. Die politische Fragilität, welche durch mangelnde Teilhabe und soziale Exklusion in einem Land entsteht, kulminierte in Madagaskar 2025 in den Gen-Z Protesten, die zu einem Regierungsumsturz führten. Auch in Nepal und Bangladesch trugen hohe Unsicherheit, soziale Spannungen und wirtschaftliche Missstände signifikant zur Unzufriedenheit der Bevölkerungen mit der Regierung bei und führten letztendlich zu politischen Umbrüchen.

Nachhaltigkeit bleibt Randnotiz

Kein anderer Wirtschaftsindikator hat eine so homogen regional besetzte Spitzengruppe wie die Umweltpolitik. Abgesehen von Chile (9) ist die Region Ostmittel- und Südosteuropa mit Estland (10), Tschechien, Lettland, Litauen und Slowenien (alle 9) unangefochten die einzige, welche die Balance zwischen Umweltbelangen und Wachstumsbemühungen umsetzen kann. Den Mittelwert des BTI mit 4,55 Punkten übertreffen außerhalb von Ostmittel- und Südosteuropa nur knapp Lateinamerika und die Karibik (4,77) und Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien (4,69). Allerdings sind es in diesen Regionen entweder sehr gut platzierte Länder wie Chile, Costa Rica und Uruguay oder das Fehlen sehr schlecht platzierter Länder, welche die Region den Durchschnittswert überschreiten lassen. Umweltpolitische Angelegenheiten sind stark abhängig von ideologischen Werten der politischen Führung oder einem organisierten Widerstand wirtschaftlicher Interessen.

Die Umweltpolitik Brasiliens verdeutlicht die ideologische Kluft zwischen den beiden letzten Präsidenten in Bezug auf den Umweltschutz. Während Brasilien 2014 noch bei sieben Punkten und auf einem Niveau mit Chile lag, fiel der Wert kontinuierlich auf vier Punkte und wurde lediglich im BTI 2026 aufgrund der Zentralisierung von Umweltthemen in der politischen Agenda der neuen Lula Administration auf fünf Punkte aufgewertet. Auch diese Regierung muss sich jedoch den organisierten Widerständen der Wirtschaft zur Anpassung umweltpolitischer Belange stellen. Damit ist nicht vorausgesetzt, dass Brasilien das Niveau von vor zehn Jahren in Zukunft wieder erreichen kann. Im Vergleich wurden in Chile umweltpolitische Belange über mehrere Administrationen hinweg priorisiert, während sich das öffentliche Bewusstsein für Umweltschutz erhöhte.

Ökologische Regulierungsmaßnahmen können jedoch auch ein politisches Profilierungsinstrument sein und der Symbolpolitik dienen, wie der Fall Ungarn zeigt. Das Land weicht von der Einhaltung des europäischen Umweltrechts nur minimal ab und schneidet besser ab als die meisten EU-Staaten. Allerdings werden auch hier Wirtschaftsinteressen in Form einer energiepolitischen Abhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen erneuerbaren Energien wie Solar- und Windenergie übergeordnet. Das Ziel, den Brutto-Energieendverbrauch bis 2030 zu 50% aus CO₂-neutralen Energien zu speisen, wird derzeit verfehlt. Im Jahr 2022 lag der offizielle Wert bei 15,1%, während der EU-Durchschnitt im selben Jahr bei 23,1% lag. EU-Beitrittskandidaten wie Albanien, Montenegro und Moldau müssen sich bereits im Beitrittsstatus umweltpolitischen Auflagen der EU unterordnen. Seit 2020 haben alle drei Länder in dem Bereich Fortschritte in der Priorisierung und Implementierung von Umweltmaßnahmen gemacht (jeweils +1 Punkt).

In der Avantgarde der Sparpolitik

Ziele von staatlichen Sparprogrammen sind der Abbau von Schulden und die Reduktion von Haushaltsdefiziten. Während die Staatseinnahmen durch Steuererhöhungen gesteigert werden sollen, sind von Ausgabenkürzungen oft in erster Instanz Sozialleistungen betroffen. Im Indikator Bildungs- und Forschungspolitik machen sich die Austeritätsmaßnahmen der Regierungen, die Schulden abbauen und die Inflation senken wollen, meistens als erstes deutlich bemerkbar. Während der globale Mittelwert im Jahr 2016 noch bei 4,88 Punkten lag, sank der Wert in den folgenden Jahren und stagniert im BTI 2026 bei nun nur noch 4,59 Punkten.

In Argentinien, wo als Teil der Kabinettsreform und des Bürokratieabbaus Mileis die Anzahl der Ministerien von 22 auf 9 reduziert wurde, wurde das Ministerium für Wissenschaft, Technik und Innovation gänzlich abgeschafft. Während die Langzeiteffekte einer solchen Reform abzuwarten sind, steht Argentinien nun in diesem Indikator bei fünf Punkten auf einem Niveau mit Ländern wie Sierra Leone oder Belarus, die ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau mit qualitativen Defiziten in primärer, sekundärer und tertiärer Bildung aufweisen. Dies illustriert eine ideologisch getriebene Austeritätsentschlossenheit, die bereit ist, für kurzfristige makroökonomische Erfolge der Fiskal- und Geldwertstabilität (beide +3 Punkte) möglicherweise deutlich langfristiger wirkende Verluste in der Umwelt- und Forschungspolitik sowie beim sozioökonomischen Entwicklungsniveau und dem Sozialstaat einzugehen (alle -1 Punkt).

Die Kriegsparteien Russland und Ukraine stehen in ihrer Bildungs- und Forschungspolitik ausgehend von sechs Punkten im Jahr 2020 nun bei vier bzw. fünf Punkten. In Russland fließen in den nächsten Jahren weiterhin 0,7% des Bruttoinlandsprodukts in den Bildungs- und Forschungssektor, allerdings ist das Land durch die Sanktionen und den Austritt aus dem Bologna System 2022 international isoliert und sucht nach neuen Partnern im globalen Süden. 6,3% des BIP fließen in den Verteidigungssektor.

Insgesamt stehen im BTI 2026 zwölf Aufwertungen auch zwölf Abwertungen gegenüber. Zu den Abwertungen zählen unter anderem auch Costa Rica und die Philippinen. Costa Rica hat seine Bildungsinvestitionen 2024 aufgrund fiskalischer Zwänge und Ausgabendisziplin deutlich auf 5,2% des BIP reduziert, obwohl die Verfassung ein Mindestbudget von 8% des BIP mandatiert hatte, während es in den Philippinen an der Operationalisierung ambitionierter Reformen scheitert. Trotz sinkender Bewertungen weisen einige Länder teils steigende Bildungsinvestitionen auf. Dies ist wie beim Beispiel Russlands auf politische Isolation zurückzuführen, ist jedoch meistens auch mit einer Regierungsführung verbunden, die nicht auf eine politische Transformation hin zu einer liberalen Demokratie eingestellt ist.

Fazit

Soziale Exklusion und unterlassene Investitionen in Nachhaltigkeit und Bildung stehen repräsentativ für schwache oder scheiternde Governance in mittlerweile 40% aller untersuchten Staaten. Insgesamt zeichnen die Befunde ein Bild wachsender autoritärer Tendenzen, erodierender Rechtsstaatlichkeit, stockender sozioökonomischer Transformation und einer weniger konsensorientierten und inklusiven Governance. Doch selbst dort, wo demokratische Standards unter Druck geraten, bleibt gesellschaftlicher Widerstand gegen Repression, Korruption und Machtmissbrauch bemerkenswert lebendig. Proteste, zivilgesellschaftliches Engagement und punktuelle Reformfortschritte zeigen, dass der Anspruch auf Teilhabe, Rechenschaft und faire Wettbewerbsbedingungen keineswegs verschwunden ist. Gerade in einer fragiler werdenden internationalen Ordnung liegt in dieser Beharrungskraft der Gesellschaften ein zentrales Potenzial für Reformdynamik und demokratische Erneuerung.

Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Sebastian Plate
Project Manager
Telefon +49 5241 8181263
sebastian.plate@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de